

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

Vergesst es nicht!

Der Mord an den Soldaten der Revolution

Immer wird der 15. Januar ein schmerzvoller Gedenktag bleiben für das deutsche Proletariat. Immer wird es so sein, wie in einem Holzschnitt Käthe Kollwitz es erschütternd darstellt: ein bleicher Mann, lang ausgestreckt auf der Bahre und um ihn Volk, Proletarier, so wie die Kollwitz sie zeichnet, Männer und Frauen, scheu, ehrfürchtig, entblößten Hauptes, in den hageren Gesichtern ein stummes Gelöbnis. Scheu streicht eine Hand über das Laken, Kinder auf dem Arm der Mutter starren stumm, ergriffen von dem Ernst der Stunde, den sie fühlen, ohne zu wissen. Nie wird diese Stunde aus ihrem Gedächtnis verschwinden. Der da liegt, hingemeuchelt von Mörderhand, Karl Liebknecht ist, der tapfere Soldat der Revolution, der dem Kriegswahn einer Welt, der Tollheit des entfesselten deutschen Militarismus trotzte, den kein Zuchthaus beugte, der lieber starb als auch nur ein Tüpfelchen der großen Idee des Sozialismus zu verraten. Wer wagt es heute aufzustehen, und in Wohlbehagen ihn des Irrtums in diesem oder jenem

zu zeihen? Wie gering ist es, daß ein Mensch hier oder da geirrt hat, wenn er in einem nicht geirrt hat: in seinem Leben und Sterben, in seinem Bekenntnis! Das Proletariat kennt keine Heiligen, fremd ist ihm Personenkult, aber vor höchster Menschlichkeit beugt es sich — und so beugt es sich ehrend vor Karl Liebknecht.

Und wie könnte seiner gedacht werden, ohne zu gedenken seiner großen Schwester der Revolution, der Kämpferin und Dichterin Rosa Luxemburg. Auch sie, die zarte Frau, das mütterliche Wesen, die geniale Denkerin niedergeknüpelt, die herrliche Werkstatt ihres Gehirns zerschmettert von den Kolbenhieben einer entmenschten weißgardistischen Soldateska, unter Assistenz „ritterlicher“ Offiziere.

O, sie wußten, was sie taten, die feilen Söldner. Sie wußten, daß sie mehr totschlugen als nur zwei Menschen, und mochten sie auch zu den besten gehören. Sie wußten, daß sie die Revolution

in ihnen mordeten, die Revolution, die sie haßten, weil sie die weißen Sklaven, die Proletarier, befreien, der Herrschaft ihres Uebermuts ein Ende machen sollte.

Und auch das deutsche Proletariat weiß heute, was es in diesen blutigen Tagen verloren hat. Deshalb — es wäre ja nicht im Sinne dieser Toten — gibt es sich nicht hin tatenloser Trauer, stillwehmütigen Gedenkens. Schlimm ist diese Zeit, Fesseln um Fesseln schnüren sich um den geknechteten Riesen, aber er regt sich wieder, langsam wachsen ihm die Kräfte zu; geheime Ströme zucken auf und es kommt der Tag — wer weiß heute wie bald — wo das deutsche Proletariat einig und befreit zu den Gräbern dieser großen Toten wallfahren darf mit dem Siegeswort auf den Lippen:

Wir sind frei. Unser Werk und Eures, es ist erfüllt.

Das wird die größte Ehrung sein für Karl und Rosa, deren wir heute in Ehrfurcht gedenken.

Zum Brester Schandurteil



Der polnische Sozialistenführer Liebermann, gegen den eine Zuchthausstrafe von 2½ Jahren ausgesprochen wurde.

Telegramm an Liebermann:

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ hat mit Empörung von dem Urteil gegen Sie und Ihre Freunde Kenntnis genommen. Sie spricht Ihnen allen ihre Sympathie aus. Sie protestiert im Namen der Gerechtigkeit gegen dieses politische Urteil.

Butter zu billig!

Schiele will Preise um 50 Proz. erhöhen

Auf der für Freitag nachmittag anberaumten Kabinettsitzung werden neben den laufenden politischen Fragen, der Reichspräsidentenwahl und der internationalen Konferenzen, vor allem landwirtschaftliche Fragen auf der Tagesordnung stehen, auf die der Reichsernährungsminister Schiele in seiner Rundfunkrede bereits hingewiesen hat.

Der Hauptpunkt dieses Teils der Tagesordnung ist, wie die „Landwirtschaftliche Wochenschau“ mitteilt, eine Vorlage des Reichsernährungsministers auf Erhöhung des Butterzollens. Bei Einführung des Zolls von 25 Mark je Zentner wurde seinerzeit ein Butterpreis von über 140 Mark als angemessen im Verhältnis zu den Erzeugungskosten angesehen, während der heutige Butterpreis 97 Mark beträgt.

Die Vorlage sieht einen Zoll von 75 Mark pro Zentner vor.

Der Margarine-Preis

Berlin, 14. Januar.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung teilt mit: Die Verhandlungen mit der Margarineindustrie haben zu einer Aufhebung der Preisbindung für die billigsten Margarinearten geführt. Für diese Sorten bestand bisher eine Kartellbindung, wonach die Preise nicht unter 33 Pfennig gesenkt werden dürften. Da inzwischen aber schon Margarine für 28 und 29 Pfennig verkauft werden konnte, ist die Preisbindung aufgehoben worden. Die übrigen Margarinepreise sind um 10 Prozent gesenkt worden. Die Preisbindungen hierfür bleiben bestehen. Der Reichskommissar betont, daß die Butterpreise auf die Gestaltung der Margarinepreise keinen Einfluß haben.

Auch dieser Fall ist für die Tätigkeit des Preisabbaukommissars Goerdeler charakteristisch. Er hebt lediglich die Preisbindungen für jene Margarinearten auf, für die sie in der Praxis schon vor seinem Eingreifen nicht mehr bestanden und erteilt somit einer bereits eingetretenen Preissenkung lediglich die nachträgliche Sanktion.

Der Sachwalter der Katastrophenmacher Dankadresse der „Wirtschaftsführer“ an Brüning

Berlin, 14. Januar.

Wessen Sachwalter das Kabinett Brüning ist, braucht nicht mehr nachgewiesen zu werden. Der jetzt schon mit Händen zu greifende doppelte Mißerfolg seiner letzten innen- und außenpolitischen Aktionen hat ihm aber die Anerkennung jener „Wirtschaftsführer“ gebracht, deren Treiben das deutsche Volk die Pleite verdankt, die es in Kürze wird liquidieren müssen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat heute einstimmig der Ergebnisadresse zugestimmt, die sein Vorsitzender Dr. Grund-Breslau an Herrn Brüning richtete, in der es u. a. heißt:

„Die politischen Zahlungen sind es, die Deutschland die Erfüllung seiner privatrechtlichen Verpflichtungen unmöglich machen. Ohne endgültige Aufhebung der politischen Verschuldung Deutschlands gibt es keine Wiederherstellung seiner Kreditfähigkeit und keinen Wiederaufstieg seiner Wirtschaft, aber auch keinen Weg aus der vernichtenden Krise, die heute die ganze Welt lähmt und zugrunde richtet. Wir wissen dem Herrn Reichskanzler Dank dafür, daß er dies mit aller Klarheit und Eindeutigkeit ausgesprochen hat, und vertrauen darauf, daß er in diesem Sinne handeln wird. Die Vertreter der deutschen Regierung, an ihrer Spitze der Herr Reichskanzler, treten in wenigen Tagen den schicksalsschweren Gang zur Konferenz in Lausanne an. Ich glaube, der Herr Reichskanzler kann die Ueberzeugung mit sich nehmen, daß das gesamte deutsche Volk — in dieser Frage einmal einig — jedes weitere Kompromiß, für das es keine reale Möglichkeit mehr gibt, ablehnt. Der Baseler Sachverständigenbericht richtet in seinem Schlußsatz den Appell an die Regierungen, auf denen die Verantwortung zum Handeln ruht, ohne Verzug zu Entscheidungen zu kommen, um eine Besserung der Krise herbeizuführen. Wir glauben, daß solchen Entscheidungen nicht besser vorgearbeitet werden kann, als wenn

der Herr Reichskanzler in Lausanne in voller Klarheit und Festigkeit die von ihm eingenommene Stellung vertritt. Das Vertrauen der von uns vertretenen deutschen Wirtschaft steht jedenfalls geschlossen hinter ihm.“

Wir haben früher schon und besonders in den letzten Tagen genügend dargetan, daß das Ziel dieser ganzen Kampagne nichts anderes ist als der Versuch, das deutsche Volk von seinen wahren Peinigern und Ausbeutern abzulenken. Hätte es noch eines Beweises bedurft, die Beglückwünschung des Herrn Dr. Brüning durch die Katastrophenmacher erbringt ihn restlos. Diese Dankadresse an den Mann ihres Vertrauens läßt aber auch in ihrer ganzen Nacktheit die Klassenschädigung erkennen, die alle die Arbeiterparteien begehen — sei es SPD oder KPD — die sich einspannen lassen in die Einheitsfront zugunsten des deutschen Ausbeutertums.

Hungersnot

Im Tabakgebiet von Smyrna

Ankara, 14. Januar

Im Tabakgebiet von Smyrna, und zwar in Wurla und Umgegend, ist es zu einer schweren Hungersnot gekommen. Im laufenden Jahre, wo vor allem Deutschland als Käufer des Smyrna-Tabaks in großem Umfang ausfiel und Amerika seine Käufe stark einschränkte, ist nur ein Bruchteil der Ernte verkäuflich gewesen.

England „enteignet“

Allahabad, 14. Januar.

Die Polizei nahm heute früh das Hauptquartier des Kongresses in Besitz und hißte die britische Flagge. Das Gebäude war der indischen Nation von dem verstorbenen Pandit Motilal Nehru gestiftet worden.

Die Polizei besetzte am Donnerstag vormittag die Büros des Nationalkongresses von Lucknow und nahm vierzig Personen fest.

1200 Bergarbeiter entlassen

Im Hauptverwaltungsgebäude der Bergbaugruppe Hamburg der Vereinigten Stahlwerke in Hamburg fanden am Mittwoch Stillelegungsverhandlungen über den Antrag der Bergbaugruppe auf Entlassung von 1200 Bergleuten und etwa 70 Beamten statt. Der Antrag wurde begründet mit dem starken Rückgang an Aufträgen, namentlich in Feinkohle, so daß mehrere Abbaureviere stillgelegt werden müßten. Nach eingehender Erörterung aller Möglichkeiten wurde dem Antrag zugestimmt. Die Entlassung wurde vom Regierungsvertreter genehmigt. Die Kündigungen erfolgen für die Arbeiter am 15. Januar zum 31. Januar, für die Angestellten je nach den tariflichen bzw. vertraglichen Vereinbarungen. Am meisten werden von dieser Betriebseinschränkung die Schachtanlagen Beeckerswerth und Friedrich Thyssen 3-7 betroffen, daneben aber auch Westende und Friedrich Thyssen 2-5. Die beiden erstgenannten Schachtanlagen werden zusammengelegt, so daß die Kohleförderung künftig nur noch auf Beeckerswerth erfolgt.

Wie wir bereits an anderer Stelle hervorgehoben haben, dürfte die Ursache der Massenentlassung nicht allein in dem Auftragsrückgang zu suchen sein. Die Förderungsleistung pro Kopf der Belegschaft ist im letzten Jahr um 20 Prozent gestiegen und hat damit im Vergleich zu 1913 eine Steigerung um 67 Prozent erreicht. Für die Bergbauunternehmer ist es rentabler, Tausende von Arbeitern auf die Straße zu setzen, und die noch verbleibenden immer noch mehr auszubeuten.

Severing erläßt verbotene Nazi-Zeitschrift

Nach einer Anweisung des preußischen Innenministers ist das vom Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein in Kiel verfügte sechswöchige Verbot der nationalsozialistischen Wochenschrift „Der Volkskampf“ aufgehoben worden.

Spaltung der KP-Opposition

Walcher, Enderle, Frank und andere ausgeschlossen

Was nach dem Verlauf der jüngsten Reichskonferenz der KPD-Opposition als unvermeidlich zu erwarten war, ist nunmehr eingetreten: die KPD-O hat sich gespalten. In einer zum 12. Januar einberufenen Sitzung der Erweiterten Reichsleitung wurde ein Beschluß gefaßt, demzufolge die Genossen Walcher, Froelich, Enderle, Frank, Thomas, Josef Lang, Köhler und Baier als außerhalb der KPD-O stehend betrachtet werden.

Diese Ausschlüsse sind natürlich nur ein erster Beginn des Zeretzungsprozesses, von dem die KPD jetzt befallen ist, in der die Ausschlossene eine bestimmte Richtung innerhalb der KPD repräsentieren, die ihre Stärke nicht zuletzt im Hessischen hat. Zwar gibt sich das Organ der KPD, die „Arbeiterpolitik“, alle erdenkliche Mühe, die Bedeutung dieses Beschlusses der Erweiterten Reichsleitung herabzumildern, indem es die vollzogenen Ausschlüsse nach berühmten kommunistischen Mustern als „Reinigung der kommunistischen Opposition“ umschreibt und dem dazu gelieferten Artikel die Überschrift: „Unerschütterlich vorwärts“ gibt. Aber daß über den Unwert dieser stolzen Verkündigungen im eigenen Lager keine Unklarheit steht, beweist wohl am besten die Tatsache, daß vor vorgeschrieben worden war, die „Arpo“ aus einer Tageszeitung in ein Wochenblatt umzuwandeln. Das heißt nichts anderes, als daß die „Unerschütterlichen“ sich selbst keinen langem Atem mehr zuschreiben.

Der Konflikt, der nun zu den Ausschlüssen geführt hat, hängt mit der Entstehung der SAP auf das engste zusammen und zeigte sich zuerst in einer verschiedenen Beurteilung des Charakters unserer Partei. Thalheimer, Brandler und die anderen „Unerschütterlichen“ erwiesen sich als unmöglich, die historische Bedeutung des Spaltungsprozesses innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zu erkennen. Vom ersten Tage an verfolgten sie die oft in kleinlichste Nörgelei ausartende Taktik, den Wert der SAP zu bagatellisieren und diese selbst in einen Ableger der verdorrten SPD umzulügen; ein Unterfangen, das schon an der Tatsache scheitern mußte, daß es der SAP nicht nur schon auf den ersten Anblick breite Teile, und zwar die aktivsten und klassenbewußtesten, von der SPD organisatorisch abzulösen, sondern diese auch ideologisch bis zur völligen Ohnmacht zu zermürben.

Könnte man anfänglich dieses lächerliche und törichte Beginnen allenfalls daraus erklären, daß die Thalheimer und Genossen sich das Schicksal der SAP nicht anders vorzustellen vermochten als das Schicksal der KPD selbst, d. h. zu einem Schattendasein verurteilt zu sein, so zeigte sich je länger, desto deutlicher, daß dem in der KPD mit der Entstehung der SAP ausgebrochenen Zwist mehr und Entscheidenderes zugrunde lag: Die verschiedene Bewertung der SAP erwies sich bei Lichte besehen als eine verschiedene Bewertung der KPD. Thalheimer und Brandler hielten an der alten, jahrelang so getreulich behüteten Hoffnung fest, daß den Versuchen,

korrigierend auf den Kurs der KPD einzuwirken und eines Tages wieder — vielleicht mit Moskaus Hilfe — das Steuer der Partei in die Hand zu bekommen, doch noch Erfolg beschieden sei, während Walcher, Froelich und Genossen den Mut aufbrachten, offen zuzugeben, daß solche Hoffnungen nicht mehr bestehen und die KPD in ihren Absichten historisch gescheitert ist.

Hierbei zeigte sich noch ein weiteres: an der Verfechtung ihrer These von der Wandelbarkeit der KPD gaben Thalheimer und Genossen frühere Grundsätze der KPD — nicht zuletzt auch in der Frage der RGO und hauptsächlich der Beurteilung der Komintern bzw. Sowjetrußland — preis und näherten sich immer bedenklicher den Strömungen, die heute in der KPD selbst Oberwasser haben. Praktisch heißt das aber nichts anderes als der Verzicht auf die Ausübung gerade derjenigen Funktion, die der KPD überhaupt erst das Leben gab.

Aus dem Bericht der Reichsleitung dürfte die Behauptung interessieren, daß die Absicht des Uebertritts zur SAP von dem jetzt ausgeschlossenen nicht bestritten worden ist. Wenn aber gleichzeitig die „Arbeiterpolitik“ ihre Mitkämpfer mit derart wenig kameradschaftlichen Charakterisierungen wie „ausgebrannte Lichter des Kommunismus“ entläßt, dann stellt sie damit ein Zeugnis aus, das weniger die Ausschlossenen als die „Unerschütterlichen“ trifft und das sie in eine Reihe rückt, sowohl mit den Methoden der KPD als denen der SPD.

kann, daß Deutschland nicht alle Folgen seiner Handlungsweise vorausgesehen hätte.“ (Na, na? Red.)

Der einzige Staat nun, so sagt Herr Mussolini, der niemand etwas schulde und der der Gläubiger aller sei, die Vereinigten Staaten von Amerika, müßten also auch ihrerseits verzichten, wenn vorher die europäischen Staaten auf ihre gegenseitigen Stellungen als Schuldner und Gläubiger verzichtet hätten. Herr Mussolini plädiert für „eine Einheitsfront der europäischen Staaten gegenüber Amerika“. Sicher ließen sich die Amerikaner nicht gern „Shylock“ nennen. Sie sind ja so zart!

Nicht ohne einen kleinen Seitenhieb auf die „peinlich genauen Prozedurkünstler“, nämlich die französischen Juristen, nicht ohne eine tiefe Verbeugung vor dem „tiefen Idealismus und der Uneigennützigkeit“ der Amerikaner verbürgt sich Herr Mussolini mit dem ganzen Gewicht seiner moralischen Persönlichkeit, die dem Matteottimörder ja so ganz besonders zu Gesicht steht, daß die Amerikaner schon das ihre tun würden, wenn die Europäer nur zuerst seinen Ratschlägen gefolgt sind.

Mit diesem Bundesgenossen im Rücken — wirklich im Rücken! — wird es Herrn Brüning bei seinem vom deutschen Industrie- und Handelstag gesegneten Gang nach Lausanne-Ouchy nicht fehlen. Und die Amerikaner haben bekanntlich nur auf den Faschistenhäuptling gewartet, um das Schuldbuch zu vernichten!

Kein amerikanischer Beobachter für Lausanne

Washington, 14. Januar.

Staatssekretär Stimson hat es, wie amtlich mitgeteilt wird, abgelehnt, einen Beobachter zur Reparationskonferenz nach Lausanne zu entsenden.

Neues Amt für Curtius?

Der bisherige Vorsitzende des Gläubigerbeirats des Pleß-Konzerns ist von seinem Amt zurückgetreten. Die Reichsregierung hält den früheren Reichsaussenminister Dr. Curtius für den geeigneten Nachfolger. Außerdem wird gemeldet, daß Curtius zum Generaldirektor der zum Pleß-Konzern gehörenden Waldenburger Bergbau-A.-G. auszuweisen ist.

Wir können die Richtigkeit der Meldungen nicht nachprüfen. Merkwürdig wäre immerhin diese Personalunion zwischen Generaldirektor und Gläubigerbeiratsvorsitzenden in ein und demselben Werk. Aber bei Gott, der deutschen Reichsregierung und dem Kapitalismus ist ja kein Ding unmöglich.

Bothlen in Rom

Rom, 14. Januar

Der frühere ungarische Ministerpräsident Graf Bothlen ist heute hier eingetroffen. Zu seinem Empfang hatten sich der ungarische Gesandte und ein Vertreter des italienischen Außenministers am Bahnhof eingefunden.

Wiederkehr Tschiangkaischeks?

Moskau (über Kowno), 13. Januar.

Nach einer russischen amtlichen Meldung beabsichtigt die chinesische Regierung unter Führung Sunfos in den nächsten Tagen zurückzutreten. Die Gründe dieses Rücktritts werden vorläufig noch nicht bekanntgegeben.

Shanghai, 14. Januar.

Der Bevollmächtigte des Marschalls Tschiangkaischek, General Schaoice, teilte der Nankingregierung mit, daß Tschiangkaischek beschlossen habe, seinen Urlaub zu unterbrechen und nach Nanking zurückzukehren. Man erklärt, daß nach der Rückkehr Tschiangkaischeks sofort Verhandlungen über die Umbildung der chinesischen Regierung eingeleitet werden würden.

Nanking antwortet Washington

Nanking, 14. Januar.

Am Mittwoch wurde die Antwortnote der chinesischen Regierung auf die amerikanische Note an Japan und China dem amerikanischen Generalkonsul in Nanking ausgehändigt. In der Note wird betont, daß China bereit sei, mit den Vereinigten Staaten an der Aufrechterhaltung der Unantastbarkeit des Neunmächte-Abkommens zusammenzuarbeiten. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten weitere Maßnahmen ergreifen würden, um die Abmachungen des Neunmächte-Abkommens in einer wirksamen Weise aufrechtzuerhalten.

Neues Diamantenvorkommen

Dar es Salaam, 14. Januar.

Wie dem Minenkommissar gemeldet wurde, ist im Tanganjika-Gebiet ein reiches Diamantenvorkommen entdeckt worden. Die Ausbeutung ist auf die trockene Jahreszeit verschoben worden.

Wer zahlt's schließlich? Nach einer Meldung aus Tokio hat das japanische Kabinett für die Unterhaltung der japanischen Armee im Fernen Osten einen Kredit von sechs Millionen Yen bewilligt. Die gesamten Kosten der japanischen Militärexpedition belaufen sich auf etwa 31 Millionen Yen.

Ein Vierteljahr Sklarekprozeß

Krach um die stillen Zessionen

Berlin, 14. Januar.

In der heutigen Verhandlung, in der man auf ein Vierteljahr Sklarekprozeß zurückblicken kann, ohne daß ein Ende abzusehen ist, beschäftigte man sich mit einem neuen Abschnitt der Anklage, nämlich mit den stillen Zessionen, bei deren Erörterung es wiederum

zwischen Leo Sklarek und Stadtbankdirektor Hoffmann zu lärmenden Auseinandersetzungen

kam. Vorher erklärte Stadtbankdirektor Hoffmann mit tränenerstickter Stimme, daß er sich jahrelang um das Institut bemüht hätte, so daß die Auffassung des Vorsitzenden nicht ganz den Tatsachen entspreche und doch von ihm korrigiert werden müsse. Hoffmann erwähnte wieder, daß er den Sklareks gegenüber das allergrößte Vertrauen gehabt habe und doch nicht annehmen konnte, daß man den Revisoren gefälschte Bücher vorlegen würde.

„Ich kann nicht zulassen, daß das Institut, das mir am Herzen gelegen hat, hier angegriffen wird und es in der Öffentlichkeit so scheint als ob dort eine Lotterwirtschaft geherrscht hat.“

Es sind ja Kräfte am Werk, die die Schuld der Stadt auf die Stadtbank abwälzen wollen.“ Der Vorsitzende entgegnete darauf daß ihm niemals eingefallen sei, die Stadtbank anzugreifen, aber der entstandene Verlust von 10—10½ Millionen sei eine nicht zu leugnende Tatsache.

Bei der Erörterung der stillen Zessionen erklärte Hoffmann, daß Direktor Schmitt genau so wie er informiert worden sei. Als er wiederum auf das große Vertrauen Bezug nahm, das er den Sklareks entgegengebracht habe, meinte der Vorsitzende:

„Die Sklareks waren doch keine Päpste, die unfehlbar waren.“

Die Gewährung der stillen Zessionen wurde, wie der Vorsitzende erläuterte, so gehandhabt, daß die Sklareks auf ihre Lieferungen an die Bezirksämter Vorschüsse erhielten, ohne daß die Bezirksämter davon Kenntnis hatten, also nicht kontrolliert werden konnte, ob die Forderungen zu Recht bestanden. Der Vorsitzende erwähnt hierbei auch, daß der Stadtbankdirektor Lehmann gegen die stillen Zessionen Bedenken gehabt und verlangt habe, daß die Bezirksämter die Forderungen bestätigen sollten. Schmitt und Hoffmann hätten ihm dies aber ausserdet, weil offene Zessionen eine Kreditschädigung für die Sklareks bedeuten würden. R.-A. Dr. Pindar: „Durch die stillen Zessionen sollten also den Bezirksämtern die Kredite an die Sklareks verheimlicht werden?“ — Hoffmann: „Der Wunsch dazu ging doch aber von den Sklareks aus.“ — Leo Sklarek sprang erregt auf und hielt Stadtbankdirektor Hoffmann vor:

„Sie haben doch alles gewußt. Herr Hoffmann, es geht hier nicht bloß um Ihren Kopf. Sie haben doch erklärt, daß Sie die Revisoren rauschmeißen würden.“

— Hoffmann bestritt das und erklärte, daß er nie an einen Konkurs der Sklareks überhaupt nur gedacht habe.

Vors.: „Wenn man von Ihnen immer hört, welches Vertrauen Sie in die Sklareks gesetzt haben, dann muß man sich geradezu wundern, daß Sie noch am Leben sind, denn das muß doch für Sie einen völligen Zusammenbruch bedeutet haben, als Ihr Vertrauen getäuscht wurde.“ — Hoffmann (schluchzend): „Jawohl, Herr Vorsitzender, es ist furchtbar. Ich kann darüber auch hier nicht sprechen. Das habe ich vielleicht vor dem Untersuchungsrichter sagen können, aber hier nicht vor allen Leuten

in öffentlicher Verhandlung.“ — Die Verhandlung erfuhr eine Unterbrechung, und zwar wurde dem Verteidiger von Stadtbankdirektor Hoffmann, Rechtsanwalt Bahn, davon Mitteilung gemacht, daß in seiner Familie sich ein Unglücksfall ereignet habe. Er bat das Gericht um Erlaubnis, sich entfernen zu dürfen, da anscheinend sein Sohn verunglückt sei. Da zur Zeit kein Vertreter für ihn zur Stelle war, mußte die Verhandlung unterbrochen werden.

Laval wieder da

Aber ohne Briand — Tardieu Kriegsminister

Paris, 14. Januar.

Um 1 Uhr früh deutscher Zeit ist das dritte Kabinett Laval gebildet worden.

Ministerpräsident Laval übernimmt mit der Ministerpräsidentenschaft auch das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten.

Der bisherige Landwirtschaftsminister Tardieu übernimmt für den verstorbenen Maginot das Kriegsministerium.

Der bisherige Unterstaatssekretär im Innenministerium Cathala wird Innenminister und der bisherige Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium

Fould wird Landwirtschaftsminister.

Alle übrigen Ministerportefeuilles bleiben in den Händen ihrer bisherigen Inhaber.

Deutschland könnte zahlen!

Layton für Reparationsstreichung, aber gegen Stimmungsmache

Der englische Finanzsachverständige Sir Walter Layton, dessen Wirtschaftsbericht bei allen zahlungsunwilligen deutschen Kreisen große Begeisterung ausgelöst hat, setzte sich in einer Rede, die er in London hielt, für die Streichung der Reparationen ein, weil dadurch am sichersten das internationale Mißtrauen und die dauernde Kriegsschuld zu beseitigen seien.

Er wandte sich aber scharf gegen die deutsche Behauptung, Deutschland könne nicht zahlen

und erklärte, dieser Standpunkt sei in der Hauptsache nicht wirtschaftlichen Ursprungs. Er legte dar, daß die innere Prokopfschuld Deutschlands erheblich geringer sei als die Englands, Frankreichs und Amerikas.

Diese Rede Laytons beweist aufs neue, daß das Ausland vernünftigen Erwägungen durchaus nicht unzugänglich ist, durch Töne, wie Prünig — und zu seiner Unterstützung erst neuerdings wieder Leipart — sie anschlägt, nur verpöbelt werden kann. Heute ist Säbelraseln noch ein genau so ungeeignetes Mittel,

Paul-Boncour hat das Angebot Laval, als Nachfolger Briands das Außenministerium zu übernehmen, abgelehnt.

Nur zum Schein?

Laval verhandelt mit Briand

Ministerpräsident Laval gab, nachdem er seine Mitarbeiter dem Präsidenten der Republik vorgestellt hatte, der Presse folgende Erklärung ab: „Ich habe im Verlaufe meiner Unterredung mit Briand diesen dringend gebeten, der Regierung die Unterstützung seiner Autorität und seiner Erfahrung in der ihm geeignet erscheinenden Form weiter zu gewähren. Ich werde morgen aufs neue mit ihm hierüber verhandeln. Die Regierung tritt am Dienstag vor das Parlament, und der nächste Ministerrat findet am Dienstag vormittag statt.“

sein Ziel zu erreichen, wie es dies zur Zeit Wilhelms des Letzten war.

Der Bundesgenosse

Mussolini für europäische Einheitsfront gegen Amerika

Berlin, 14. Januar.

Wenn man der deutschen Presse glauben darf — aber man soll das nicht tun! —, so haben wir wieder einmal einen großmächtigen Bundesgenossen gegen Frankreich gefunden. Es ist kein geringerer als der große Bruder unseres kleinen Hitler, der „Duce“, Italiens Peiniger Mussolini. Der hat im „Popolo d'Italia“ einen Artikel unter der Überschrift „An die Adresse Amerikas“ veröffentlicht, den das offiziöse Wolffbüro ehrfurchtsvoll in voller Gänze mitteilt. Der Artikel ist übrigens nicht so dumm, wie man nach der Art der Aufmachung in der deutschen Presse glauben sollte. Gewiß steht darin, daß die deutsche Regierung durch ihre Botschafter offiziell der ganzen Welt zur Kenntnis gebracht habe,

„daß Deutschland weder heute noch morgen noch jemals zahlen könne. Das ist etwas Neues, ja noch mehr als das, es ist die vollendete Tatsache. Als solche ist sie unwiderruflich, da man nicht annehmen

Skandal im Krematorium

Gespräch mit Verbrennungs-Meister Schmidt in Potsdam • (Sonderbericht für die „SAZ“)

Potsdam, Schützenstraße 14. An einer Tür in der zweiten Etage ein kleines Schild: Richard Schmidt. Das ist der ehemalige Verbrennungsmeister des Potsdamer Krematoriums. Seine Frau öffnet: ihr Mann sei nicht da, er hole sich gerade seine paar Pfennige Erwerbslosenunterstützung. Doch ich könnte ja warten. Eine kleine Wohnung mit schmalen Zimmerchen, die von einem finsternen Korridor abgehen.

Ich unterhalte mich mit der Frau: ihr Mann sei bereits ein ganzes Jahr arbeitslos. Das Krematorium, an dem er gearbeitet habe, sei vor etwa zwei Jahren von einem Architekten Fischer erbaut worden, der sich vor ungefähr vier Wochen erschossen habe. Ich frage, warum ihr Mann denn eigentlich entlassen worden sei. Das wisse weder er noch sie. Ich erkundige mich nach der politischen Einstellung ihres Mannes. Er sei „parteilos“ und politisch vollkommen indifferent. Sie selbst besuche neuerdings Vortragsabende einer christlichen Sekte, zu der sie in ihrer wirtschaftlichen Not und Verzweiflung geflüchtet ist.

Es ist Mittagszeit. Die Frau kauft für ihren Mann und ihre erwachsene Tochter kein warmes Essen bereiten, da ihr Mann erst die Unterstützungspfennige bringen muß. Es ist eine gedrückte Stimmung. Die Frau erzählt stockend, was sie ihrem Mann für unberechtigte Vorwürfe gemacht habe. Die Ungewißheit über den Grund zur Entlassung bringt die Menschen zur Verzweiflung. Sie quälen sich mit Fragen und Gedanken und kommen zu keinem Ergebnis.

Vermutungen? Ja, der zuständige Direktor und der Stadtrat sind streng national, und vielleicht wollten sie einem Gesinnungsfreund ein Pöstchen verschaffen. Es sind Vermutungen, gewiß, aber wer Potsdamer Verhältnisse kennt —

Da kommt Richard Schmidt selbst. Ein Mann in mittleren Jahren. Ein gehetzter und gequälter Mensch, der immer und immer wieder von dem großen Unrecht spricht, das ihm zugefügt worden ist. Das Krematorium in Potsdam ist vor etwa zwei Jahren gebaut worden. Schmidt hat den Bau entstehen sehen, hat daran mitgearbeitet, hat die erste Verbrennung durchgeführt und hat im Laufe seiner Dienstzeit etwa 100 Einäscherungen vorgenommen. Er hat die ganze Zeit über allein in dem Krematorium gearbeitet. Er erzählt mir von den Schwierigkeiten, die er während seiner Arbeit zu überwinden hatte. Er mußte den Transport der Leichen innerhalb des Krematoriums selbst, ohne jede fremde Hilfe, vornehmen.

Unglaubliche Zustände

Der ehemalige Verbrennungsmeister erzählte mir während unserer Unterhaltung auch

Pohl freigesprochen Seine Unschuld erwiesen!

Breslau, 14. Januar.

Das Schwurgericht erkannte unter Aufhebung des Urteils vom 4. Oktober 1929 gegen den Bäcker Pohl an Freisprechung auf Kosten der Staatskasse, weil seine Unschuld erwiesen sei. Dieses Urteil steht im Gegensatz zu dem Antrage des Staatsanwalts, der auf Freispruch mangels Beweises gelaufen hatte.

Das Gericht hat festgestellt, daß der Angeklagte Pohl an dem Mordabend, also am 19. April 1929, in der Gerbergasse gewesen ist, was er auch nie bestritten hat. Dafür aber, daß Pohl derjenige war, mit dem die Schulz auf ihr Zimmer gegangen ist, ist keinerlei Beweis erbracht worden. In einem Lokaltreffen wurde erwiesen, daß die Aussage der Hauptbelastungszeugin, sie habe nach der Tat Pohl aus dem Hause flüchten sehen, unglaubwürdig war. Es wurde festgestellt, daß bei der am Mordabend herrschenden Beleuchtung unmöglich auf der Treppe des Hauses ein Mensch zu erkennen war. Auf das Geständnis des Schieweck, der wegen zweier anderer Frauenmorde verurteilt worden ist und auch den Mord an der Schulz gestanden, dann aber widerrufen hatte, hat das Gericht keinen ausschlaggebenden Wert gelegt; doch erschien dieses Geständnis im großen und ganzen glaubhaft. In der Begründung des Urteils heißt es hierzu, Pohl und Schieweck seien leicht zu verwechseln. Darum sei es möglich, daß die Hauptbelastungszeugin bei der mangelhaften Beleuchtung den Schieweck für den Pohl gehalten habe.

*

Der Justizirrtum ist damit klar erwiesen. Wir werden daher auf die justizkritische Seite des Prozesses noch näher eingehen.

Einzelheiten aus seinem Dienst. So hat er niemals, trotz mehrfacher Reklamationen bei der zuständigen Stelle, einen Dienstanzug geliefert bekommen. Er hat mit dem einen eigenen Anzug an Leichensezierungen teilgenommen, er hat in diesem Anzug die Leichenreste beseitigen müssen, er hat in diesem Anzug die Maschinen bedient, er hat in diesem Anzug jede vorkommende Arbeit verrichtet und er hat in diesem Anzug auch gegessen. An dieser Stelle unterbricht ihn seine Frau: „Wir haben es mitunter vor Leichengeruch in unserer Wohnung nicht ausgehalten. Manchmal hat unser Sohn zu meinem Mann gesagt: Papa, du mußt allein essen!“

Handschuhe sind ihm nicht geliefert worden! Er, der Verbrennungsmeister, hat auch für die Maschinen das Öl sich selbst beschaffen müssen. Es handelte sich um fünf Maschinen, die bedient werden mußten, um den Fahrstuhl, die Eismaschine, die Sargeinführung und die Saugventilation. Von dem

Maschinenmeister einer Fabrik hat er sich das Öl borgen müssen, da er es sich von seinem schmalen Gehalt nicht selbst kaufen konnte. Einmal war ihm eine Flasche mit parfümiertem Spritzzeug geliefert worden, das den verwesenden Leichen zur Neutralisierung des starken Geruchs im Sommer eingespritzt wird. Als der Vorrat verbraucht war, und Schmidt eine neue Flasche anforderte, wurde ihm entgegengehalten: „Ob er das Zeug denn ausgesoffen habe.“ — Überstunden, die Schmidt sehr oft machen mußte, wurden niemals abgegolten. Für Leichensektionen stehen dem Verbrennungsmeister im allgemeinen fünf Mark zu, auch von diesem Gelde hat er nie etwas zu sehen bekommen.

Die Maschinen wiesen schwerwiegende Mängel auf,

deren Beseitigung Schmidt trotz wiederholter Gesuche nicht durchsetzen konnte. So bildeten sich allmählich die unglaublichen Zustände

heraus, daß Leichen im allgemeinen vier Stunden im Verbrennungssofen lagen, dessen Wärmeintensität so gering war,

daß die Leichen „gewendet“ werden mußten.

Knochen, die der Verbrennungsprozeß nicht zu erfassen vermochte, wurden mit einer langen Eisenstange in den Rost gestoßen.

Zum Teil war das die Folge der mangelhaft konstruierten Maschinen, zum Teil die Folge von Sparmaßnahmen. Kurz vor seiner Entlassung hatte Schmidt sich noch eine Skizze von dem Krematorium angefertigt, die ihm von dem Direktor aus der Hand gerissen wurde. Ein Beweis für die Tatsache,

daß es viel zu vertuschen gab.

Es ist dringend nötig, daß diese Zustände unter einer nationalistischen Behörde klar gestellt werden, damit sich die Öffentlichkeit damit beschäftigt und einem Mann die verdiente Rehabilitierung zuteil wird.

Das Gebäude ist fertig . . .

Berlin, 14. Januar.

Was die Architekten für den Weltfriedentun können, ist — so schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ — geschehen: für die Weltabrüstungskonferenz ist nämlich in Genf ein eigenes Haus gebaut worden, ein großartiges Saalgebäude. Diese luxuriöse Wochenstube des Weltfriedens ist von den Behörden der Stadt und des Kantons Genf dem Völkerbundsekretariat übergeben worden. Das Gebäude, das an den Glassaal des Völkerbundsekretariats grenzt (wer im Glashaussitz, soll nicht mit Steinen werfen, aber schießen darf er, soviel er will), besteht aus einem Erdgeschoß und einem Stockwerk; das Erdgeschoß soll bombensicher sein. Es ist, wie lobend berichtet wird, ein moderner Zweckbau aus Eisenbeton und Glas; der „Zweck“ ist natürlich nicht der Weltfriede, sondern, was man halt so Zweck nennt: rationelle Möbel, rationelle Schreibtische, Sachlichkeit mit Wasserspülung. Im Stockwerk befinden sich zwei große Sitzungssäle und zwei kleine Sitzungssäle, im Erdgeschoß, bombensicher, die Büros des Abrüstungskonferenz-

präsidenten, das Sekretariat und die Bibliothek. In einem Anbau ist, nicht zu vergessen, ein Presseraum mit einem Telegraphenam und 42 Telephonkabinen untergebracht. Das traute Heim ist bereit — fehlt bisher nur der Weltfriede. Abwechselnd geht immer eine Regierung mit ihm schwanger; aber es dauert nie lang. Sie kriegt zu rechter Zeit ein Abtreibungsmittel, über die Fehlgelburt wird ein Protokoll aufgenommen — und dann wartet man auf den nächsten befruchtenden Gedanken, der die nächste Regierung in die Hoffnung bringt. Jetzt werden die politischen Wehmütter Europas also ein eigenes Haus haben; hoffentlich wird das Geburtshaus nicht zum Totenhaus. Nun, die Völker geben sich keinen Illusionen hin; sie werden langsam erkennen, daß es nicht darauf ankommt, Gehäuse als Glas und Eisenbeton aufzubauen, sondern die Herren abzubauen, die Regierungen und die Parteien, die bisher vom Weltfrieden schwadroniert und dabei Luftgeschwader aufgerüstet haben, für die alle Friedenskonferenzen nur Luftgeschwader und Luftmanöver hundertmal mehr als Friedenskonferenzen waren.

Aus prinziglichem Besitz . . .

Der Nachlaß des früheren Prinzen Friedrich Leopold von Preußen auf Schloß Glienicke wird jetzt versteigert, nachdem frühere Auktionen von Teilen des prinziglichen Besitzes nicht ausgereicht haben, unzufriedene Gläubiger zu stellen.

Man entsinnt sich wohl noch des Gezerrns um die angebliche Flöte Friedrichs II. Bei der letzten Versteigerung kamen neben historischen Schinken, Manöverandenken, prinziglichen Bekleidungsstücken und wertlosem Tafelsilber auch einige mehr persönliche Besitztümer unter den Hammer. Unter ihnen befand sich die rote Fahne, die der verrückte Hohenzoller am 9. November 1918 auf dem Turm seines Schlosses hissung ließ, wohl weniger, um seine Sympathie mit der Revolution zu bekunden, als um seinen Gefühlen von Schadenfreude Ausdruck zu geben darüber, daß nun die von seinem gehaltenen Schwager Wilhelm geführte Hauptlinie des Hauses Hohenzollern zu regieren, und damit auch ihn selbst zu schikanieren, aufgehört hatte. Der Auktionator kündigte das wertvolle Stück mit den Worten an: „Das ist die bewußte . . .“ Weiter sagte er nichts, und alle verstanden ihn. Schließlich kam ein stiller Herr, der „die bewußte . . .“ für zwanzig bare Reichsmark davontrug.

Sicherem Vernehmen nach war der Käufer kein Angestellter des Parteiarchivs der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, obwohl diese Partei doch im November 1918 für kaiserliche Prinzen erglühte, die sie als Reichsverweser, als Regenten oder als minderjährige Kaiser und Könige dem Lande zu erhalten suchte.

Undank ist der Welt Lohn!

Kassander.

Ein weiteres Todesopfer des Schreiberhauer Bobunglücks

Schreiberhau, 14. Januar.

In der vergangenen Nacht ist auch Frau Amtsgerichtsrat Theissing aus Breslau ihren bei dem Bobunglück am Dienstag erlittenen Verletzungen erlegen. Es ist dies das dritte Todesopfer des Sportunglücks (nicht das vierte, wie gestern irrtümlicher Weise berichtet wurde. Die übrigen Verletzten befinden sich außer Lebensgefahr und sind auf dem Wege der Besserung.

Explosion bei einer Oelbohrung

Ein Bergmann getötet

Schlotheim (Thüringen), 14. Januar.

Bei einer der Oelbohrungen, die in der Schachtanlage Volkenroda in Menteroda vorgenommen wurden, ereignete sich in der vergangenen Nacht eine Explosion. Hierbei wurde ein 19-jähriger Bergmann sofort getötet, drei weitere Bergleute wurden zum Teil schwer verletzt. Die in den Schacht eingefahrene Belegschaft, die sich in unmittelbarer Nähe des Explosionsherdes befand, konnte durch einen Schwesterschacht ausfahren. Die Teile der Schachtanlage, in denen sich die Explosion ereignete, stehen noch in Brand.

Die Rettungsarbeiten auf Karsten-Zentrum

Beuthen, 13. Januar.

Beim Vortrieb der Rettungsstrecke auf der Grube Karsten-Zentrum machte man heute nacht einen Durchschlag nach der zerbrochenen Vorrichtungstrecke und suchte dort nach den Verschütteten fand aber niemand. Daher wurde der parallele Vortrieb in der Kohle fortgesetzt. Man hofft, das Ziel, die Abbaustrecke I, im Laufe der kommenden Nacht zu erreichen.

Gnadengesuch Reins'

Berlin, 14. Januar.

Der Angeklagte Ernst Reins hat die gegen das Urteil des Schwurgerichts beim Landgericht II vom 12. Dezember 1931 eingelegte Revision zurückgezogen und ein Gnadengesuch eingereicht.

20 Grad Wärme in New York

New York, 14. Januar.

An der Nordostküste der Vereinigten Staaten und im Innern des Staates Ohio herrscht eine für diese Jahreszeit ungewöhnliche Wärme. Am Mittwoch wurden in New York 20 Grad Celsius verzeichnet. In Ohio blühen an verschiedenen Stellen die Rosen.



Goethe und die SPD

Der Zusammenhang ist im ersten Augenblick nicht ganz deutlich, aber dem kann man abhelfen.

Am Mittwochabend sprach ein Geheimer Regierungsrat (es gibt auch unheimliche Regierungsräte) auf der Deutschen Welle über das Thema „Goethe und die Politik“. Einige Informationen zu dem Thema „Goethe und die Politik“ wären eigentlich wichtiger, aber es gibt ja auch andere Leute.

Der Geheime Regierungsrat und Professor Dr. Marcks gab einen ziemlich ausführlichen Ueberblick über alle Berührungspunkte Goethes mit dem politischen Leben, am schlußreichsten für den proletarischen Hörer waren jedoch die zusammenfassenden Schlußbemerkungen Dr. Marcks' über die Bedeutung Goethes für das politische Leben seiner Zeit. Er erklärte Goethe mit voller Berechtigung als einen der größten Träger des nationalen Staatsgedankens, einen Träger der Entwicklung der nationalen Bewegung Deutschlands.

Es tut wohl, die selbstverständliche Rolle Goethes: Herold der jungen deutschen Bourgeoisie zu sein, von einem bürgerlichen Wissenschaftler so klar ausgesprochen zu hören. Und zwar deshalb, weil die Kreise, die eigentlich dies auszusprechen hätten, die Sozialdemokraten, jetzt durchgehend an völkischen Belangen leiden. Es ist wenige Tage her, da versuchte der sozialdemokratische Abgeordnete Artur Arzt in Berlin, Schiller und Goethe für die proletarische Revolution zu reklamieren. Sozialdemokraten fühlen sich genötigt, die erfüllten demokratischen Wunschträume bürgerlich-kapitalistischer Barden zu behüten. Und die Revolution der Proletarier? Nicht so wichtig.

Jugendpflege und Kirche

Ein Braunschweiger Blatt berichtet: „Für sämtliche Weisenhäuser, Kinderheime und Fürsorgeerziehungsanstalten der Stadt Berlin sind 1440 Mark für Spiel, Sport und Musik vorgesehen. Im gleichen Ausgabevoranschlag stehen aber 100 000 Mark für Seelsorge und Zuschüsse, die an religiöse Organisationen gegeben werden, die sich mit dem beschäftigen, was sie Jugendpflege nennen.“

Prozeß Wagner-Schreiber

Der Beleidigungsprozeß des Berliner Stadtbaurats Wagner gegen den Baulöwen Schreiber ist am Mittwochabend nach einer Beweisaufnahme von acht Stunden Dauer abgebrochen worden. Zur Urteilsverkündung setzte der Richter Termin auf den Mittwoch nächster Woche fest. In seinem Plädoyer für den Angeklagten Schreiber versuchte Rechtsanwalt Otto Landsberg den Kläger als „Schädling an der Arbeiterschaft“ zu kennzeichnen, nachdem er ihm schon während der Prozeßdebatten seine Abkehr von der Sozialdemokratischen Partei, „von der er soviel gehäbte habe“, als Charakterfehler auslegen versucht hatte.

Polnische Pferde für 1,40 M.

Wie „Gazeta Warszawska“ mitteilt, werden, einer Veröffentlichung der wohnynischen Landwirtschaftsgesellschaft zufolge auf den wohnynischen Märkten ein Paar kleinere Arbeitspferde für 30 bis 40 Zloty zum Kauf angeboten. Im polnischen Kreise Sdolunowo, unweit der russischen Grenze, werden Pferde sogar zum Preise von 3 bis 7 Zloty — also von 1,40 Mark aufwärts — gehandelt.

Feuilleton der SAZ

Über die Pariser Kommune

Zwei Bücher für
das Proletariat

Wir leben in einer Zeit revolutionärer Unruhe und Möglichkeiten, und mehr denn je steht im Mittelpunkt des Interesses: die Taktik der proletarischen Parteien, Klassenkampfmittel und Klassenkampfstrategie des Proletariats. Die Pariser Kommune ist der erste große Aufstand des Pariser Proletariats — des modernen Proletariats überhaupt, soweit es sich um einen Aufstand aus eigener Kraft und unter eigener Führung handelt. Die Geschichte der Kommune, ihre Entstehung, ihre Kämpfe, Fehler, Leistungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und staatlichen Lebens sind der heutigen Generation trotz umfangreicher Literatur über die Kommune fast unbekannt. Und doch ist die Zeit der Pariser Kommune — sie existierte nur etwas über zwei Monate, vom 18. März bis zum 28. Mai 1871 — von ungeheurer geschichtlicher Bedeutung und hat vor allem für das Proletariat einen reichen Schatz von Erfahrungen hinterlassen, der von Marx und Lenin fruchtbar gemacht worden ist. Der revolutionäre Aufstand des Pariser Proletariats wird in zwei Büchern* aus den sozialen und geschichtlichen Zusammenhängen heraus deutlich gemacht: der Entwicklung Frankreichs von der bürgerlichen Monarchie Louis Philipps bis zum Zusammenbruch des zweiten Kaiserreichs Napoleons III. Napoleons Mittel, um Kaiser zu werden: Diskreditierung des Parlaments, Konzentration aller korrupten Elemente (oben und unten) zur Vorbereitung des Staatsstreichs; Staatsstreich, dann Kriegshetze, um die Dynastie zu erhalten und von den inneren Schwierigkeiten abzulenken. Nach der französischen Niederlage in der Entscheidungsschlacht bei Sedan war der Zusammenbruch des Kaiserreichs nicht mehr aufzuhalten. Die bürgerliche Republik war da, ohne daß sie vorerst ausgerufen wurde. Nach der Bewaffnung des Proletariats und des Kleinbürgertums folgt am 18. März 1871 der revolutionäre Aufstand. Die Bourgeoisie flüchtet nach Versailles, um von hier aus gegenrevolutionäre Maßnahmen zu treffen, und zwar versichert sie sich dabei der Hilfe des Landesfeindes Bismarck. Der Patriotismus schweigt, wo die heiligsten Klasseninteressen der Bourgeoisie auf dem Spiele stehen: das Privateigentum. Durch Verhandlungen der Bourgeoisie-republikaner mit dem „Erfeind“ wird erreicht, daß Bismarck Kriegsgefangene freigibt und erlaubt, daß aus ihnen neue Armeen gebildet werden, um das revolutionäre Paris zu vernichten. Die vom Feind besiegten Generale Mac Mahon u. a. dürfen nun wenigstens über einen Teil der eigenen Nation siegen und „Ruhe und Ordnung“ wiederherstellen (wie Groener, Maerker, Watter u. a. in Deutschland 1918 bis 1931.). Der Sieg der Gegenrevolution ist mit einer grausamen Rache der Bourgeoisie verbunden — für die ausgestandene Angst. Das Pariser Proletariat verliert 70 000 Kämpfer durch die Barrikadenkämpfe, hauptsächlich aber durch die Metzelen, Hinrichtungen und Deportationen der triumphierenden Konterrevolution.

Die Ursachen der Niederlage der Kommune: 1. Mangel an proletarisch-revolutionärer Reife des Proletariats. 2. Die Isolierung nichts nahe des revolutionären Paris — die Kommune hatte nichts getan, um rechtzeitig die Verbindung mit dem Dorf aufzunehmen; ohne Beteiligung der Bauern mußte die Revolution unterliegen. 3. Mangel an guter militärischer Organisation und Fehlen militärischer Fach-

leute. 4. Die Nichtbesetzung der Bank von Frankreich, obgleich dies möglich war; diese war nicht nur Lebensnerv der Bourgeoisie, sondern wäre eine unerschöpfliche Quelle gewesen für die Unterstützung der Revolution und des Bürgerkrieges. 5. Der größte Fehler aber war, daß die Kommune die Bourgeoisie nicht mit allen Mitteln und entschlossen niedergehalten hat, ihr vielmehr Zeit zur Flucht und zur Organisation des Widerstandes ließ.

Aber einen ungeheuren Erfolg hatte die

Kommune, sie gab das Beispiel einer Umwandlung des Krieges der Regierungen in den Bürgerkrieg und sie hinterließ wertvolle Erfahrungen über Strategie und Taktik des Bürgerkrieges. Darüber hinaus bewies die Kommune Richtigkeit und Notwendigkeit der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der Errichtung einer proletarischen Diktatur. Die Pariser Kommune und ihre Kämpfe war die beste Lehrmeisterin Lenins.

Ajax

Als Sarrasani 1907 brannte da retteten ihn seine Elefanten

Schon einmal hatte Sarrasani ein großes Feuer zu verzeichnen. Das war im Jahre 1907, als er mit seinem neuen, 3000 Personen fassenden Zelt in Schwerin ein Gastspiel gab.

Der Zirkus war ausverkauft, die Vorstellung hatte eben begonnen, als plötzlich im Stallzelt der Schreckensruf ertönte: „Feuer!“ Für Sarrasani kam es zunächst darauf an, um jeden Preis eine Panik zu verhindern. Die Zirkuskapelle erhielt Anweisung, ununterbrochen zu spielen, in der Manege mußten unermüdet die Clowns arbeiten.

Sarrasani eilte ins Stallzelt. Mit Wassereimern war dem Brand nicht beizukommen. Da holte er seine Arbeitselefanten zum Brandherd. Die klugen Tiere folgten willig dem Kommando ihres Herrn. Mit ihren Rüsseln rissen sie die brennenden Balken und die schwelende Zeltleinwand herunter, mit den Füßen zerstampften sie das brennende Stroh. In wenigen Minuten war das erst so furchtbare aussehende Feuer bis auf seinen Herd zurückgedrängt. Die Elefanten hatten prompte Arbeit geleistet.

Aber dann kam ein Zwischenspiel, das beinahe doch noch eine Panik hervorgerufen

hätte. Die diensthabende Polizeibeamte, der selbstverständlich das Feuer bemerkt hatte, wollte die Zirkusbesucher von der Gefahr benachrichtigen. Sarrasani versuchte in wenigen Worten dem Hüter des Gesetzes klar zu machen, daß die Bekanntgabe des Brandes im Zelt eine furchtbare Panik auslösen würde — mit Toten und Verletzten. Der Polizeibeamte blieb derartigen Erwägungen gegenüber taub. Er kannte nur seine Dienstvorschrift. Da griff Sarrasani zu einer Gewaltmaßnahme. Er packte den Hüter des Gesetzes kurz entschlossen um den Leib, ein kräftiger Schwung und der Beamte lag in einem Tigerkäfig, den Sarrasani schleunigst von außen verschloß. Der Beamte war gefangen, er konnte weder das Publikum von dem Brand benachrichtigen, noch Sarrasani bei seiner Löschaktion stören.

Während im Zelt die Vorstellung programmäßig abgewickelt wurde, arbeitete Sarrasani mit seinen Elefanten an der Brandstelle, bis jede Gefahr beseitigt war, von der das Publikum nicht das mindeste ahnte.

Wenige Tage später mußte sich Sarrasani vor der Schweriner Strafkammer verantworten. Freiheitsberaubung und Beamteneleidigung waren ihm vorgeworfen. Sarrasani schilderte seine Lage, die ihn zwang, so zu handeln, wollte er nicht 3000 Menschen gefährden. Das Gericht erkannte an, daß der Angeklagte seine strafbaren Handlungen nur begangen hatte, um die Ruhe und Ordnung in

Hafyesang / Dem Andenken Heinrich Zilles

Dem Andenken Heinrich Zilles (Text Signal)
Das ist die Liebe der Matrosen!
Mit dem leeren Bauch, mit dem mageren Ge-
Man kann so schön im Hafen kosen [sicht.
Ohne Frühstück, wenn das Herz auch bricht.
Weine nicht! —
Angesprien! Ausgesprien!
Haushofsänger von Berlin!

Durch die Felder, durch die Wälder —
Und die Fenster sind so grau.
Der war mal Arbeiter. Der Angestellter.
Zwei Kinder hat er, eine kranke Frau.
Es schallt unser Sang —
Besten Dank . . .

Angesprien! Ausgesprien!
Haushofsänger von Berlin!

Zwei Herzen im Dreivierteltakt.
Uns hat die Rationalisierung gepackt.
Der Knödelton! — Die Deflation —
Verkürzte Arbeit — gar kein Lohn.

Zerrüttetes Gesicht.
Der schönste Mann im Staat ist der Soldat!
Weine nicht —
Um die schönen Augen wär's schad'.
Angesprien! Ausgesprien!
Haushofsänger von Berlin!

Da fällt ein Groschen. Rin in die Scheiße.
Buddeln aus. Hast'n gefaßt?
Und durch mein Gemüt zieht leise —
Ein Hinterhof ist kein Bankpalast.
Wir sind der Chor. Wir sind die Statisten.
Auf uns baut Wirtschaft und Politik.
Den Dreck von oben, den haben wir auszu-
Na, mein Junge, schmeckt die Musik? [misten.
Geduld! Wir sind nur Volkskunstquellen.
Wir singen die neuesten Melodien.
Im übrigen stehn wir auf Stempelstellen:
Angesprien!
Ausgesprien!
Proleten in Berlin!

Melchior Douglas.

der Stadt aufrechtzuerhalten. Sarrasani wurde freigesprochen, der Staatsanwalt selbst hatte die Anklage fallen gelassen nach Anhören der Zeugen, die alle das umsichtige Vorgehen des damals noch jungen Zirkusunternehmers bestätigten.

Erich Roseck.

Woher stammt der farbige Schnee?

Zu allen Zeiten sind farbiger Regen, farbiger Staub und farbiger Schnee beobachtet worden, und es vergeht fast kein Jahr, in welchem nicht von irgendwoher solch eine Erscheinung gemeldet wird. Vor einigen Monaten noch wurde aus Paris ein sogenannter Schmutzregen gemeldet. Woher dieser Schmutz stammt? Das ist so: die Regentropfen mußten beim Niederfallen durch eine Staubschicht hindurch, die in den Lüften hängt. Dabei nehmen die Regentropfen natürlich von dem Staub an und beflecken ihrerseits alle Gegenstände, auf die sie fallen. Aber woher kommen diese dicken Staubschichten in der Luft? Manchmal aus der Umgegend, aber oftmals kommen sie sehr weit her, hunderte, ja tausende Kilometer weit! Die Meteorologie hat es sich angelegen sein lassen, Untersuchungen anzustellen, deren Ergebnis eine genaue Feststellung des Ursprungs dieser Staub- und Schmutzschichten in der Atmosphäre ist. Im Jahre 1926 z. B. fiel in der Gegend des St. Gotthard in der Schweiz ein gelber Schnee. Der wurde in Bern einer Untersuchung unterzogen, und man stellte fest, daß Sandkörner aus der Wüste Sahara die Bestandteile waren, die dem Schnee die Färbung gaben. Die meteorologische Untersuchung ergab dann, daß kurz zuvor in der Sahara ein heftiger Sturm gewütet hatte, der Sandmassen bis in ziemlich große Höhen der Luft mitgerissen haben muß, von wo aus sie mit den Wolken über das Mittelmeer und die Alpen gewandert sind, bis der Schnee sie dann in die Tiefe zur Erde rief. Sehr häufig wurde auch Sand aus der Sahara in westlicher Richtung mitgeführt, wo er über den Azoren oder über dem freien Meer niederging. Aber auch im Norden und Nordosten wurde der Wüstensand festgestellt.

E. B.

Amerikanische Filmdämmerung

Die Situation Filmamerikas zu Beginn des Jahres 1932 entspricht der heftigen Krise, welche in der gesamten Wirtschaft die „Prosperität“ abgelöst hat. Die Zahl der amerikanischen Lichtspielhäuser ist im letzten Jahre von rund 21 000 auf 17 000 zurückgegangen. Dafür sind auch die Eintrittspreise stark herabgesetzt worden, so bei größeren Theatern von 65 auf 50 Cents, bei kleineren von 35 auf 25 Cents. Trotzdem wird für Reklamezwecke noch eine ganz bedeutende Summe verausgabt, um das Geschäft wenigstens etwas zu beleben (etwa 15 000 Zeitungsinserate pro Tag). In dieser Beziehung ist der amerikanische Film noch immer führend: Während bei anderen Industriezweigen der Inseratenrückgang in Amerika bis zu 35 Prozent gefallen ist, beträgt dieser Rückgang beim Film nur 10 Prozent. Auch die Gehälter erfahren eine weitere Reduktion: die großen Gehälter der Direktoren und Stars werden um 35 bis 50 Prozent herabgesetzt, wobei aber immer noch phantastische Summen bleiben.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

21. Fortsetzung

Man kann die Konditorei sehen, ferner die Küchenabteilung, in der nur Salate und Mayonnaisen bereitet werden. Eine andere ist für die Herrichtung des kalten Imbiß bestimmt, in einer anderen wieder bereitet man nur Fische zu. In einem besonderen Raum steht der Koch vor offenem Holzfeuer für den Grill.

„Hier könnte man stundenlang stehen und zusehen“ meinte Fritz.
„Komm, schau dir lieber die Kartoffeln an, der Steward hat die Augen überall. Aber ich will dir schon erzählen, wie es hier zu geht. Von mir kannst du erfahren, was du nur willst.“

August warf Kartoffeln in die Maschine, sie surrte. Als sie zum Halten gebracht wurde, lagen die Kartoffeln sauberlich geschält in ihrem Bauch.

„Das Schlechte schneidet die dicke Negerfrau aus den Kartoffeln, darum brauchst du dich nicht zu kümmern.“

Fritz versuchte, die Küche und Kochgehilfen, die sich in dem Raum befanden, zu zählen, aber es war unmöglich festzustellen, wieviele eigentlich da waren. Er wandte sich an August um Auskunft.

„Ja, ich kenne hier schon den ganzen Dreh und die meisten Leute. Man muß schon lange hier sein, wenn man sie alle kennen will. Eigentlich ist es fast unmöglich, alle so genau

zu kennen, denn jeden Tag kannst du was Neues erfahren.“

„Macht der magere Hinkende nur die Suppen?“ wollte Fritz wissen.

„Ja, hier macht jeder nur einen Gang. Er ist der Suppenkoch, immer noch der beste von allen, er war früher Cowboy.“

„Donnerwetter, ich dachte, so was gibt es nur noch in Wildwestfilmen.“

„Ach, weißt du, ein Cowboy ist ja nur ein Kuhhirt, das klingt nur so fremdartig, wenn man die Sprache nicht versteht. Ich habe mir unter Amerika auch etwas anderes vorgestellt, als ich in Deutschland war. Aber wenn man hier lebt, merkt man, daß es überall das gleiche ist.“

„Mensch, da hast du aber recht.“

Fritz wollte erfahren, ob der Chefkoch jener ist, der im Glaskasten sitzt.

Aber nein, das ist nur sein Stellvertreter. Der Chefkoch selbst macht nur einige Rundgänge in der Küche. Ein schmaler Herr, Franzose, mit einem kleinen Schnurrbart und glänzenden schwarzen Haaren. Er kostet mal eine Suppe, rührt die Mayonnaise einen Augenblick mit dem Eierschläger, nimmt ein Stück Kuchen zwischen zwei Finger und hält es gegen die Luft, riecht mal an einem Hammelkotelett — und fort ist er.

Der Stellvertreter, der immer in der Küche hockt und in den Spiegeln alles sieht, ist schlimmer.

„Und der Chinese, was macht der?“
Dieser Chinese sah, obwohl er die gleiche Schürze und die gleiche Mütze trug wie die anderen, recht merkwürdig aus. So würde man sich einen Zauberer vorstellen. Wenn er seine Erzeugnisse kostet, scheint er auf eine innere Stimme zu lauschen, die ihm die richtige Mischung verraten soll. August aber weiß über ihn noch mehr. Er weiß, daß der Chinese ein großer Politiker ist und unter seiner weißen Kochschürze eine Medaille mit dem Bild Sunjatsens trägt.

Der Koch für die Vorspeisen ist ein Russe. Er gehört zu den unzähligen einstigen Köchen des Zaren, die jetzt in jeder besseren Küche Europas und Amerikas zu finden sind.

Ein großer, starker Mann betrat die Küche, er trug schwere Gemüsekörbe.

August weiß über ihn ebenfalls genau Bescheid. Er war früher Metallarbeiter, kam aber, weil er versucht hatte, in der Fabrik Unions zu organisieren, auf die schwarze Liste. Es blieb ihm nichts weiter übrig, als ungelernete Arbeit anzunehmen.

„So ähnlich ist es auch mir ergangen“, sagte Fritz und beschloß, sobald sich ihm Gelegenheit bieten würde, die Bekanntschaft des Gemüseträgers zu machen.

„Ja, man muß hier vorsichtig sein, wenn man es zu etwas bringen will.“ Und August erzählt immer weiter.

Fritz wunderte sich immer mehr über August, denn obgleich er redet und redet und über jeden, der vorbeigeht, eine Geschichte weiß, bleibt sein Mund geschlossen.

„Mensch, wie machst du das eigentlich? Man merkt nur, daß du sprichst, wenn man neben dir steht.“

Es stellte sich heraus, daß August einst in Deutschland Baurechner war. Er verdiente aber an den kleinen Varietés so wenig, daß er schnell zugriff, als ihm die Möglichkeit geboten wurde, nach Amerika auszuwandern. Leider konnte er mit seiner Bauchrederei

hier kein Geld verdienen, vor allem, weil er zu schlecht Englisch sprach.

„Und dann verstehen die Leute hier auch zu wenig von Kunst“, erklärte August.

Mensch, das muß ja großartig sein, bauchreden zu können.“

„Ja, du solltest auch nicht so viel sprechen, du sollst nur zuhören, sonst merkt es der Steward, daß wir immerfort miteinander reden.“

„Mensch, dich könnte man gut in Versammlungen gebrauchen, du könntest dazwischenquatschen und niemand wüßte, wen man eigentlich hinauswerfen soll.“

Plötzlich schwierte er betreten, denn der große Schatten des Stewards warf sich über die Kartoffelschälmaschine.

Hatte er zu viel gesprochen?

Aber der Steward schickte ihn nur hinüber zu dem Koch für das Seegetier.

„Papadokulos“ (dieser Koch ist ein Grieche) „hat eilige Arbeit“, sagte der Steward zu Fritz, „sieh zu, daß du dich anständig zeigst.“

Fritz machte sich auf den Weg.

Er passierte den Gang, der die Küche mit den Aufzügen, die zu den verschiedenen Speisesälen führen, verbindet.

Hier stehen Kontrolluhren. Jeder Kellner, der die Küche betritt und verläßt, muß seinen Bestellschein stempeln lassen.

Atemlos galoppieren die Kellner. Die Direktion will die Sicherheit haben, daß die Bestellungen der Gäste in Windeseile ausgeführt werden. Die Kellner sollen nicht plaudern oder gar die Möglichkeit haben, sich an erfreulichen Dingen götlich zu tun, die nicht für sie, sondern für Menschen, die ihre Wünsche auch bezahlen können, bestimmt sind. Ungeduldig durchfegen die Kellner die Küche, keuchend rennen sie wieder mit vollen Schüsseln zu den Aufzügen.

(Fortsetzung folgt.)

Düsseldorf

Erwerbslosenversammlung des ADGB. Am 12. Januar 1932 tagte im oberen Saal des Volkshauses eine Erwerbslosenversammlung der Freien Gewerkschaften. Der Referent, Jugo Weber, sprach über „Volkswirtschaft und Erwerbslosigkeit“. Zu Eingang seiner Ausführungen stellte sich der Redner als Leidensgenosse der Erwerbslosen vor, aber in seinen Ausführungen war nicht die geringste Verbindung mit der Not der Erwerbslosen zu spüren. Wir Erwerbslose müßten noch einige Zeit aushalten, bald käme die internationale Verständigung, dann folge auch wieder der soziale Aufstieg. In der Aussprache zeigten dann auch alle Redner, daß sie eine andere Auffassung von der Wirtschaft haben als der Referent. Die Erwerbslosen lassen sich nicht mehr verträsten, die Erkenntnis, daß nur durch den Sturz des Kapitalismus die Wirtschaftskrise beseitigt werden kann, erfährt immer weitere Kreise. Die Genossen Suchan und Simon legten dann in ihrer Diskussionsrede recht deutlich die Auffassung unserer Partei über die Krise und über die Aufgaben der Arbeiterklasse dar. Eine von unseren Genossen eingebrachte Entschließung forderte von den Gewerkschaften die Bildung der proletarischen Einheitsfront mit allen linksgerichteten Organisationen. Dem Versammlungsleiter, Gewerkschaftssekretär Büttner, ging aber diese Forderung zu weit und da er nach der Stimmung der anwesenden Erwerbslosen annehmen mußte, daß die Entschließung angenommen würde, lehnte er eine Abstimmung ab. Mit Diktaturmaßnahmen wollen diese sogenannten „Demokraten“ den Willen ihrer Mitglieder abwürgen. Doch ihre Methoden dienen nur zur Stärkung der Opposition. Trotz aller Abwägungsversuche der reformistischen Führer wächst die Opposition in den freien Gewerkschaften, und unsere Genossen werden mit dafür sorgen, daß in Zukunft nicht die Bürokratie den Kurs bestimmt, sondern die Mitglieder selbst darüber entscheiden.

Die Anmeldung der Schulanfänger muß in der Zeit vom 11. bis 25. Januar erfolgen. Selbstverständliche Pflicht aller Parteigenossen ist es, ihre Kinder der weltlichen Schule zuzuführen. An- und Ummeldungen täglich von 11 bis 1 Uhr bei den Schulleitern in Oberbilk, Heerstraße, Schulleiter Schrank, Bilk, Friedenstraße, Schulleiter Teigen, in Flingern, Lindenstraße, Schulleiter Dierlam, Oberkassel-Heerd, Pestalozzistraße, Schulleiter Haase, Unterrath, Ahornallee, Schulleiter Paul, Oberrath, Oberrather Str., Schulleiter Trunpf, Gerresheim, Ferdinand-Heye-Straße, Schulleiter Westphal, Gerresheim, Unter den Eichen, Schulleiter Sauter, Eller, Jägerstraße, Schulleiter Dittmar, Holthausen, Geeststraße, Schulleiter Knübel, Derendorf, Blücherstraße, Schulleiter Krautwald. Jeder Genosse muß seine Kinder anmelden und bei den anderen Klassengenossen für die weltliche Schule werben.

Dortmund

Betrunkenen Kraftwagenführer fährt eine Frau tot. Auf der Wittbräuer Straße, im Stadtteil Aplerbeck, wurde Dienstag abend die Ehefrau Wilhelmine Kortenkamp von dem Kraftfahrer Otto Bückler aus Unna angefahren, zunächst gegen die Windschutzscheibe geschleudert und etwa 20 Meter mitgeschleift. Die Verunglückte blieb tot liegen. Die Polizei nahm B. fest und veranlaßte seine sofortige Untersuchung durch einen Arzt, die ergab, daß er so viel Alkohol zu sich genommen hatte, daß er nicht mehr in der Lage war, einen Kraftwagen ordnungsgemäß zu führen.

Eine Bank schießt Gehälter für städtische Angestellte vor. Die im ganzen Reich bekannte katastrophale Finanzlage der Stadt Dortmund, die es mit sich brachte, daß den städtischen Angestellten und Beamten bis jetzt erst zwei Sechstel des Januargehältes ausgezahlt werden konnten, hat die Westfälische Beamtenbank in Dortmund veranlaßt, ihren Mitgliedern Vorschüsse in angemessener Höhe auf die künftigen Teilzahlungen zu gewähren. Das gilt selbstverständlich nur für die Mitglieder, deren Gehälter vereinbarungsgemäß der Beamtenbank überwiesen werden.

Dortmund-Marten

Auch in Marten steht die SAP. Am 10. 1. 1932 hielt die Ortsgruppe Marten ihre Generalversammlung im Kortmannschen Lokal ab. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes wurde von den Mitgliedern sehr beifällig aufgenommen, ist doch hier in Marten, in der früheren Hochburg der SPD, in der kurzen Spanne Zeit ein gewaltiges Stück Arbeit von unseren Genossen geleistet worden. In nichts glich unsere Generalversammlung einer solchen von der SPD. Hier herrschte Rede- und Meinungsfreiheit in den Diskussionen. Jedes Mitglied äußerte frei und ehrlich seine Ueberzeugung und manch kerniges Wort wurde gegenseitig gewechselt. Trotz der gewaltigen Fortschritte, welche unsere Ortsgruppe bisher erzielte, arbeiten die Genossinnen und Genossen jetzt fieberhaft an der Vorbereitung zur ersten öffentlichen Versammlung, mit dem Genossen Portune-Frankfurt. Außer dieser Versammlung soll im Februar noch eine zweite, mit dem Genossen Seydewitz-Berlin folgen. So schreiten wir vorwärts in Marten, vorwärts im Kampf, im Kampf des vereinigten Proletariats bis zur Erringung des Sieges. Die „Freie Schulgesellschaft“, Ortsgruppe Marten, hielt am 11. Januar 1932 in der Bismarckschule ihre Generalversammlung ab. SAP-Genosse Lehrer Karlmeier hielt vor 140 Besuchern ein Referat über: „Der Geschichtsunterricht in der weltlichen Schule.“ Er brachte zum Ausdruck, wie notwendig auch

Ehe und Sexualberatung

In Frankfurt am Main sprach Frau Dr. Lotte Fink am 11. Januar im Rahmen der Vorträge der Ausstellung „Frauen in Not“ über Ehe und Sexualberatung. Die Zuhörschaft war zahlreich. Zumeist waren es proletarische Frauen, die, Aufklärung heischend, zu diesem Vortrag gekommen waren. Frau Dr. Fink knüpfte an ihre Erfahrungen an, die sie in der Sexualberatungsstelle gemacht hat: Sie führte etwa aus, die Hilfe, die man im Rahmen der heutigen Gesetzgebung den Frauen bringen kann, ist verhältnismäßig gering. Die Frauen suchen bei uns in den verschiedensten Fragen Rat. Sie suchen Hilfe bei uns in ihren sozialen Nöten; sie suchen Aufklärung in geschlechtlichen Dingen. Menschen mit krankhaft geschlechtlicher Veranlagung kommen zu uns. Oft genug weisen wir Ratsuchende an den behandelnden Arzt. Der Abtreibung suchen wir durch Geburten verhindernde Mittel vorzubeugen. In der ersten Zeit kamen die meisten Hilfesuchenden immer im Falle einer unerwünschten Schwangerschaft zu uns. Später häuften sich die Fälle, in denen man um vorbeugende Mittel nachsuchte. Frauen aus allen Bevölkerungsschichten kommen zu uns. Vorwiegend rekrutieren sich jedoch die Ratsuchenden aus proletarischen Kreisen. Daneben kommen Lehrerinnen, Studentinnen, Postbeamtinnen usw. zu uns. Doch die Frauen der besitzenden Schichten besuchen uns weit weniger als die proletarischen Frauen. Denn sie sind zumeist aufgeklärt. Sie wissen sich vor unerwünschter Empfängnis zu schützen. Die Sexualberatungsstelle kann leider nicht in allen Fällen helfen. Eine unerwünschte Schwangerschaft kann ärztlicherseits nur unterbrochen werden, wenn eine ernste Krankheit vorliegt. Im allgemeinen werden in solchen Fällen Schwangerschaftsunterbrechungen nur in den ersten drei Monaten vorgenommen. Später ist diese Operation oft lebensgefährlich. Das soziale Moment findet in der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung nicht die ge-

nügende Berücksichtigung. Oft genug sind auch die Frauen reichlich leichtfertig und bequem. Sie bringen sich damit selbst ins Elend. Die Referentin schilderte dann einen tragischen Fall. Bei einem jungen Mädchen wurde eine zulässige Unterbrechung vorgenommen. Die Sexualberatung empfahl ihr, sich durch vorbeugende Maßnahmen vor ähnlichem zu schützen. Es dauerte nicht lange, und das Mädchen war wieder schwanger. Es schämte sich, wieder zur Sexualberatungsstelle zu kommen. Sie suchte und fand den Tod in den Fluten des Main. Ähnliche Fälle erlebt die Sexualberatungsstelle oft. Frauen, deren Schwangerschaft unterbrochen wurde, beugen trotzdem nicht vor — sondern kommen erst dann wieder zu uns, wenn eine neue Schwangerschaft eingetreten ist. Ein anderer Fall: Ein 16-jähriges Mädchen war von einem Fürsorgezögling geschwängert worden. Der Fürsorgezögling stammte aus einer Trinkerfamilie. Wäre das Mädchen von kräftiger Konstitution gewesen, hätte sie das Kind eines erblich belasteten Menschen austragen müssen. Zufällig war das Mädchen körperlich und seelisch weit hinter den Mädchen ihres Alters zurück. Eine Schwangerschaftsunterbrechung konnte daher vorgenommen werden. Vielen Frauen kann die Sexualberatungsstelle aus gesetzlichen Gründen nicht helfen. Sie laufen dann zum Kurpfuscher oder „helfen“ sich selbst. Die Referentin schilderte einen Fall, wo eine Frau, die keine Hilfe fand, sich die Blase zerstach und beinahe rettungslos verblutete. In einem anderen Fall lehnte es ein Arzt ab, die Schwangerschaft einer Frau zu unterbrechen, die siebzehn Geburten hinter sich hatte. So wichtig die Beseitigung des § 218 ist, so gilt auch für die Sexualberatung, daß vorbeugen besser ist als abtreiben. Hundertprozentige Sicherheit bieten allerdings die heutigen Vorbeugungsmittel noch nicht. Die Sexualberatungsstelle kann viel ausgiebiger helfen, wenn der § 218 in seiner heutigen Gestalt beseitigt ist.

innerhalb der weltlichen Schule die proletarische Einheitsfront ist. Doch warnte er davor, irgendwelche Parteipolitik innerhalb der Ortsgruppen der Freien Schulgesellschaft zu betreiben, dieses würde die sichere Zerschlagung der weltlichen Schule zur Folge haben.

Im Geschäftsbericht des Vorstandes konnte Genosse Rohrkämper mitteilen, daß die weltliche Schule auch in diesem Jahre einen Aufstieg zu verzeichnen hat.

Wir fordern nun noch die gesamte Arbeiterschaft Martens auf, jetzt schon ihre für Ostern in Frage kommenden Lernanfänger beim Schulleiter Genossen Desch oder bei allen Funktionären der Ortsgruppe anzumelden. Pflicht eines jeden proletarischen Ehepaares ist: Hinein mit den Kindern in die weltliche Schule.

Gelsenkirchen

Die Lesehalle in Wattenscheid. Am letzten Sonntag hielt der Ortsverein „Gutenberg“ im VdDB seine Jahreshauptversammlung ab. Von der Lesehalle Wattenscheid war um einen Zuschuß gebeten worden. Aus der Versammlung heraus machten zwei Kollegen darauf aufmerksam, daß die Lesehalle in Wattenscheid das Organ der SAP, die „SAZ“, ihren Lesern vorhalten, trotzdem der Verlag die „SAZ“ unentgeltlich liefert. Dieses Verhalten sei um so bemerkenswerter, als rechtsstehende Blätter stets aufliegen und der von Gewerkschaftsseite „unparteiisch“ aufgezogenen Lesehalle weniger gefährlich erscheinen. Es wurde noch darauf hingewiesen, daß die „SAZ“ diejenige Zeitung sei, die die Buchdrucker besser, als es der „Korrespondent“ vermochte, über die letzte Lohnbewegung informierte. Der erbetene Zuschuß wurde dar bewilligt, aber mit dem Vorbehalt, daß in der Lesehalle auch die „SAZ“ aufgelegt wird. (=)

Frankfurt a. M.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung brachte keine wesentlichen Entscheidungen. Erster Punkt der Tagesordnung: Bürowahl. Beinahe eine Stunde nahm dieser Vorgang in Anspruch. Zunächst erfolgte die Wahl des Präsidenten. Vier Kandidaten standen zur Wahl. Gewählt wurde der bisherige Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung, der Sozialdemokrat Heißwolf. II. Vorsitzender wurde Dr. Schnou von der DV. Stadtverordneter Sznurkowski (Ztr.) wurde zum I. Schriftführer, Kleinbohl (Wirtschp.) zum II. Schriftführer gewählt. Dann wurde zum erstenmal die Winterbeihilfe besprochen. Sozialdemokraten und Kommunisten wandten sich gegen die armselige Winterhilfsaktion des Magistrats. 50 000 RM. wurden insgesamt ausgeschüttet. Nur kinderreiche Familien wurden bedacht, die anderen gingen völlig leer aus. Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung hatten den Magistrat nicht gehindert, die Winterbeihilfe nach eigenem Gutdünken zu bemessen. Es wurde ein Antrag angenommen, der größere Zuwendungen für alle Unterstützungsempfänger fordert. Zur Debatte stand ferner ein Antrag, den Empfängern öffentlicher Unterstützung von der Hebedienstvergrößerung zu befreien. Der Magistrat äußerte sich ablehnend, die Stadtverordnetenversammlung nahm den Antrag an. Angenommen wurde ferner ein Antrag, wonach dem Magistratsdezernenten des Fürsorgeamtes jährlich 10 000 RM. in besonderen Verfügung

gestellt werden. Die Jahresabrechnungen 1926 bis 1928 wurden verabschiedet. Auch das Defizit für die Musikausstellung in Höhe von 1,5 Mill. RM. wurde bewilligt. Der Hauptausschuß beantragt Zustimmung zum Haushaltsplan des Palmengartens. Kostenüberschreitung: 492 000 RM. Prof. Elsässer sei für die Kostenüberschreitung verantwortlich zu machen. Auch die Ausgaben zum Bau der Großmarkthalle überschreiten den Vorschlag. Außerdem wurden Bauänderungen durchgeführt, ohne daß die Bauleitung die städtischen Behörden unterrichtete. Der Ausschuß sprach der Bauleitung sein Mißtrauen aus. Die Marktstandinhaber hatten eine 50prozentige Senkung der Standgebühren beantragt. Der Magistrat hat inzwischen eine 10prozentige Senkung durchgeführt. In der Debatte wurde betont, daß diese Senkung zu gering sei. Ein Ausschußantrag wurde angenommen, notleidenden Schuldnern die Stundung zu verlängern. Zu dem Kapitel Schulabbaumaßnahmen nahm die Kommunistin Geis das Wort. Sie wandte sich gegen den Schulabbau und zeigte den Zusammenhang zwischen Schulabbau und Preußen sowie Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie. Ein kommunistischer Dringlichkeitsantrag auf Gewährung einer Winterbeihilfe an die städtischen Arbeiter verfiel der Ablehnung.

Blutschande zwischen Mutter und Sohn. Man liest oft genug von blutschänderischen Beziehungen zwischen Vater und Tochter. Aber von geschlechtlicher Bindung zwischen Mutter und Sohn wohl kaum. Das dünkt einem so undenkbar, daß man den bloßen Gedanken an ein solches Vorkommnis in das Reich der Fabel verweist. Und dennoch kommt dergartiges — abnorme Verhältnisse und Menschen vorausgesetzt — vor. So standen kürzlich Mutter und Sohn wegen Blutschande vor dem erweiterten Schöffengericht. Die Mutter ist nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Kohl Epileptikerin mit neurasthenischem Einschlag. Der Sohn ein kräftiger sympathischer Bengel. Der Lebensweg dieser Frau war alles andere, nur nicht mit Rosen gepflastert. Der Mann, den sie vor 20 Jahren heiratete, wurde im Jahre 1921 auf zehn Jahre eingeloht, weil er einen Kriminalbeamten erschöß. In der ersten Zeit ging es ihr unendlich schlecht. Sie kampierte zunächst im Obdachlosenheim. Später mietete sie dann eine Wohnküche. In dieser Zeit kam in Gestalt ihres ältesten Sohnes das Unheil über sie. Ihren Sohn hatte sie nämlich ihrer schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse wegen — vom zweiten bis zum 18. Lebensjahre in Pflege gegeben. Und als der Sohn zur Mutter zurückkehrte, da empfanden beide nicht die Gefühle füreinander, wie Menschen gleichen Fleisches. Sie waren einander fremd. Sie begegneten sich als Geschlechtswesen. Sie liebten und begehrten und gehörten einander. Doch dann kam ein junges Mädchen dazwischen. Der junge Mann entflammte für dasselbe und wollte die Beziehungen zur Mutter lösen. Doch die Frau qualte ihn mit ihrer Eifersucht. Sie machte ihm Szenen; verfolgte ihn. Mutter und Sohn rieben sich gegenseitig auf. Müde gemacht durch die ewigen Aufregungen und Auseinandersetzungen, läuft der Sohn zur Polizei und zeigt seine Mutter an.

Vor Gericht erklärte die Mutter, der Sohn habe sie mit Gewalt zum Geschlechtsverkehr gezwungen. Das Gericht kam zu der Auffassung, daß die Mutter den Sohn verführt habe. Es verurteilte den Sohn zu sechs Monaten Gefängnis und die Mutter zu einem Jahre Zuchthaus.

Der Mord im Café Daube. Die Voruntersuchung gegen den Chauffeur Müßig ist schon zum Abschluß gebracht. Bekanntlich wird Ronald Müßig beschuldigt, in der Nacht zum 20. Dezember im Verlauf einer Schlägerei im Café Daube den Kaufmann Theodor Wollenhaupt getötet und den Kellner Edi Krug durch einen Lungenschuß lebensgefährlich verletzt zu haben.

Ronald Müßig stellt die Zusammenhänge wesentlich anders dar als die Zeugen. Nach seinen Angaben hat er in Notwehr gehandelt. Erst wie er gesehen habe, daß man seinen Freund Würges strangulierte, daß dieser ohnmächtig wurde, und sein Freund Zengerling zu Boden geschlagen wurde, habe er den Revolver gezogen. Er habe den Revolver nach der Decke gerichtet. Ein Schlag auf die Hand hätte ihn gezwungen, die Hand zu senken. Die Schüsse seien dann automatisch losgegangen. Ob diese Angaben Müßigs stimmen, konnte nicht festgestellt werden, da der Revolver, den Müßig in den Main geworfen haben will, nicht gefunden wurde. Gegen die Freunde des Müßig, Würges und Zengerling, schwebt wegen der Mordsache Daube kein Verfahren. Sie befinden sich auf freiem Fuß. Würges hat die Darstellung Müßigs bestätigt.

Offenbach a. M.

Eiserne Front — Rote Front! oder Einheitsfront des Proletariats. Eiserne Front — Rote Front, lauten die Parolen, die in der gegenwärtigen, für die Arbeiterschaft so gefährlichen politischen Situation von den beiden großen Parteiapparaten KPD und SPD benutzt werden, um möglichst viel Vorteil für die eigene Richtung über die Forderung hinwegzukommen, die dem die Arbeiterschaft spontan entgegenstellt, nämlich die Einheit der Klasse. Auch wir in Offenbach hatten im letzten Zeitabschnitt Gelegenheit, kennen zu lernen, wie unehrlich und magogisch mit dieser berechtigten Losung, die man heute in allen Proletariatskreisen diskutiert, von seiten der Führer Schindluder getrieben wird. Für Donnerstag, den 5. 1. 1932 hatte das Ortskartell des ADGB, in Verbindung mit der SPD, dem Reichsbanner und dem Arbeitersport- und Kulturkartell eine Sitzung zur Gründung der Eisernen Front einberufen. An dieser Sitzung waren auf Grund ihrer Funktionen in der Sport- und Gewerkschaftsbewegung auch Genossen der SAP beteiligt. Als nun nach den Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Weber (SPD) und des Gauführers des Hess. Reichsbanners Stork (SPD) einer unserer Genossen zur Eisernen Front Stellung nahm und besonders darauf hinwies, daß wenn man die Arbeiterschaft gegen den Faschismus mobilisieren will, man mindestens auch den Kampf gegen die Notverordnungen und gegen die Regierung Brüning führen müsse, da wurde ihm das Wort entzogen. Damit kennzeichnete die Versammlungsleitung was „Eiserne Front“ bedeutet, nämlich Ablenkungsmanöver der reformistischen Partei und Gewerkschaftsbürokratie den Massen gegenüber, um diese von dem für die Arbeiterschaft gerade jetzt so wichtigen politischen und wirtschaftlichen Tageskampf fern zu halten.

Eine würdige Parallele zu diesem Verhalten bildet die am Dienstag, dem 12. 1. 1932 stattgefundene erste Sitzung eines Einheitskomitees gegen den Faschismus, das, wie bereits berichtet, in einer öffentlichen Versammlung der KPD gewählt wurde. Wie dort die SPD, so versuchte hier die KPD ihre Parteisuppe zu kochen. Zunächst hatte man das Komitee, dem auch SAP- und KPO-Genossen angehörten, von kommunistischer Seite um so viel Personen erweitert, als für die Sicherung einer Mehrheit erforderlich war. Dann legte man eine Resolution vor, die neben einer Aufforderung an alle Arbeiter zum Kampf gegen den Faschismus, die wütesten Beschimpfungen gegen die SAP und KPO enthielt. Gemeinsam mit der KPO und mit einem scharfen Verweis gegen diese Ungehörigkeit lehnten es unsere Genossen ab, für diese Entschließung ihre Namen herzugeben. Einen Antrag der KPO (Galm), eine Betriebsräteversammlung einzuberufen und dort zu versuchen, die wirkliche Einheitsfront der Proletariat zu organisieren, wurde mit den Stimmen der KPD-Mehrheit abgelehnt. (!) Mit diesem Verhalten hat die KPD der Offenbacher Arbeiterschaft bewiesen, daß auch sie nur nach Vorschrift des ZK handelt, Beweis „Arb-Zeit“ vom Freitag, dem 8. 1. 1932, und daß auch bei ihr das Interesse der Partei über dem Interesse der Klasse steht.

Organisationsnachrichten

- SAP Herford: Dienstag, 19. 1. im Lesezimmer des Volkshauses Mitgliederversammlung. 20 Uhr. Bericht vom Bezirkstag in Buer; Aufnahme neuer Mitglieder. Freunde unserer Bewegung mitbringen!
- SAP Wiescherhöfen: Sonntag, 17. Januar, 9 Uhr. Treffen zur Agitation und zum Zeitungsvertrieb. Sammelpunkte: Elsner-, Dabeng- und Hoppe-Kolonie.
- Sozialer Ausschuß Ratingen: Sonntag, 7. Januar, 10 Uhr, im Volkshaus Ratingen Sitzung der Vertretervertreter. Vortrag.
- Deutscher Freidenkerverband Wiescherhöfen: Sonntag, 17. Januar, 16 Uhr. Hauptversammlung.
- Volkstum für Geistesfreiheit:**
- Ortsgruppe Dortmund (Freigeistige Gemeinschaft): Generalversammlung am Sonntag, 17. Januar, 19 Uhr, im Volkshaus, Saal 2. Wahl des Vorstandes, der die Verantwortung für die Geschäftsführung der Bestattungskasse trägt. Vollständiges Erscheinen der Mitglieder notwendig. Gäste nur durch Einführung.
- Ortsgruppe Marten (Freigeistige Gemeinschaft): Hauptversammlung am Sonntag, 17. Januar, 19 Uhr, in der Turnhalle des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.
- Ortsgruppe Gessel-Kley (Freidenker-Verein): Hauptversammlung am 17. Januar, 18 Uhr, im Lokal Eckhardt (Heuerbauers). Stellungnahme zur Bezirkshauptversammlung und zur Jugendfeier bei der Schulentlassung. Rektor Grell, Dortmund, spricht über: „Wie dient die weltliche Schule dem freien Gedanken?“

Sportschau der SAZ

Sollen die Arbeitersportvereine SPD-Filialen werden?

Ein vereitelter Versuch in Rotschau

Der Turnverein Vorwärts Rotschau im Vogtland ist einer von denen, wo die geschäftliche und technische Vereinsleitung mit zur SAP gegangen ist. Das kann natürlich kein eisenfrontierendes SPD-Herz ertragen. „Das wäre was, SAP-Leute Funktionäre sein zu lassen! Weg müssen sie, der Arbeiter-Turn- und Sportbund gehört uns, der SPD.“ So mögen sich die gesagt haben, deren Mitgliedschaft zur SPD weniger Kampf für den Sozialismus, sondern eher eine bessere Art Vereinseiererei ist. Also wollte man „aufräumen“, und da sollte zur Jahresversammlung „Gelegenheit gefunden“ werden. Nun machte man das nicht so, daß man der Geschichte ihren Lauf ließ, sondern man spielte „Vorsehung“, was man durch unvorsichtige Bemerkungen zu verraten nicht vergaß. Der Sieg wäre also hundertprozentig sicher gewesen, wenn nicht die Mitgliedschaft des Vereins vernünftiger gewesen wäre als die Drahtzieher. So ging der Schuß daneben und prallte auf den Schützen zurück.

Die Jahresberichte bewiesen, daß die Arbeit der Funktionäre — trotzdem es ihnen nicht immer leicht gemacht worden war — eine fruchtbare gewesen ist. Und das fand Anerkennung bei allen aktiven Genossen und Genossinnen. Als dann der 1. Vorsitzende gewählt werden sollte, entschied man sich gegen eine Stimme des SPD-Ortsgruppenvorsitzenden für die Wiederwahl. Erst bei der Gegenprobe entsannen sich einige ihrer Aufgabe wieder und „hoben“.

Aber nun das Groteske: Gerade hatte man sich doch so zur „Arbeit gedrängt“, und auf

einmal war alles Interesse verschwunden. Aber nicht nur das, der SPD-Vorsitzende wollte sogar seinen Parteigenossen, der zum 2. Vorsitzenden vorgeschlagen war, an der Annahme des Amtes hindern. Welcher Versuch wieder daneben ging. Jetzt hatten aber die „Umschüler“ satt. Entrüstet kehrten sie der undankbaren Versammlung den Rücken, und nun gingen die Wahlen glatt vorstatten.

Die Versammlung nahm auch zur Arbeitsdienstpflicht Stellung und nahm eine Entschließung an, die sich gegen sie wendet.

Wenn die Bemühungen, bewährte Sportgenossen wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei, die nichts weniger will als die Spaltung der Arbeiterorganisationen, auch wie eine Komödie wirken, so sind sie doch nicht. Im Gegenteil: Es ist tragisch und beweist nur, wie schlimm es um die Arbeiterschaft steht. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund soll doch schließlich ein Teil der Arbeiterklasse sein und nicht der SPD (die gewiß nicht für sich Vertrauen der Mehrheit der Arbeitersportler in Anspruch nehmen darf). Nicht darauf kommt es an, ob dieser oder jener Sportgenosse das SPD-, das SAP-, oder auch das KPD-Mitgliedsbuch besitzt, schließlich ist die Hauptsache, daß er ein klassenbewußter Protagonist ist, der die Arbeitersportorganisationen als ein (allerdings noch ausbaufähiges) Bollwerk im Kampf gegen den Faschismus, die Kapitalistenklasse betrachtet und für sie verantwortungsbewußte, nützliche ehrliche Arbeit leistet. „Einheitsfront“ auf der Basis nur einer proletarischen Partei ist nun einmal nicht möglich — das müßte man eigentlich bald gelernt haben.

Südwestsächsische Fußballschau

Niederhasslau fährt nach Chemnitz

Der kommende Sonntag ist entscheidend für Niederhasslau. Ein schwerer Gang steht bevor. Es wird zweifellos die Vorentscheidung um die Kreismeisterschaft fallen. Sachsen-Chemnitz ist ein Gegner, der jahrelang vom Pech verfolgt, vergeblich auf die Meisterschaft gehofft hatte. Immer ist die Mannschaft erst in Ausscheidungsspielen gestrauchelt, meistens recht unverdient. Sachsen ist einer der stärksten, wenn nicht der spielstärkste Verein von Chemnitz. Die Mannschaft hat also das beste Eisen im Feuer. Wenn man die Mannschaft mit der von Niederhasslau in ihrer Spielweise und Spielstärke vergleicht, so muß man sagen, daß keiner der Vorzüge von vornherein auf den sicheren Gewinn des einen oder anderen Partners schließen läßt. Es kommt sehr auf die Taktik und Nervenkraft an. In dieser Beziehung ist Niederhasslau im entscheidenden Moment immer auf der Höhe gewesen.

Im übrigen werden im Zwickauer Bezirk am Sonntag folgende Serienspiele zum Austrag kommen:

Vielau—Crimmitschau (14.30). Crimmitschau ist wieder mit „Jung und Alt“ nebst Anhang in Vielau vertreten. Die Vereinswettkämpfe haben schon viel Anklang gefunden. — Neukirchen—Wilkau (14.30). Die Neukirchner stecken oft in der Formkrise, können aber auch plötzlich wieder groß sein. — Oberhohndorf—Zwickau-Süd (14.30). Die Lokalgegner erproben ihr jetziges Können wieder in einem Gesellschaftsspiel. Das Vorspiel gewann Süd glatt, es dürfte diesmal kaum anders werden. — Reichenbach—Rotschau (14.30). Die klassenmäßig, schwächeren Rotschauer haben sich schon öfters als schnelle und fleißige Spieler erwiesen. Einen Sieg können wir ihnen aber nicht zutrauen. — Ebersbrunn—Marienthal (14.30). Bei aller Anerkennung der Spielstärke der Ebersbrunner, erwarten wir die Gäste in Front. Diese haben erst am Vortag einen glatten Sieg

über Neukirchen erstritten. — Zwickau-Nord—Planitz (15.00). In der Nordmannschaft, die sich die 1. Klasse erkämpft hat, steckt Schwung und Begeisterung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß noch weitere große Erfolge zu erwarten sind. — Zwickau—Werdau (14.00), Fichte—Planitz. — Cainsdorf—Reinsdorf (14.00). — Neuschönburg—Hohndorf-Redditz (14.00). — Grün—Schönfels (14.30). — Friedrichsgrün—Wiesenburg (14.00). — Mülse-Nielas—Cainsdorf 2 (14.30). Die Spielweise der neu zusammengestellten Cainsdorfer 2. Mannschaft wird noch nicht so weit sein, daß sie schon ausreicht, um den Gastgeber ein knappes Ergebnis abzutrotzen. — Brodkau 1—Mylau 2 (10.30). Brodkau nimmt einen glänzenden Aufschwung. Mylau 2 wird dort nicht viel ausrichten können.

Spiele der unteren Mannschaften: Vielau 2—Crimmitschau 2 (12.45), Vielau 3—Crimmitschau 3 (11.00), Neukirchen 2—Wilkau 3 (13.00), Oberhohndorf 2—Zwickau-Süd 2 (13.00), Oberhohndorf 3—Zwickau-Süd 3 (10.30), Pöhlau 2—Reichenbach 2 (12.30), Ficht 1, Zwickau-Nord 2—Planitz 2 (13.20), Ebersbrunn 2—Marienthal 2 (13.00), Mülse-Nielas 2—Cainsdorf A.M. (13.00), Reinsdorf A.M.—Härtensdorf A.M. (10.30).

Jugend: Vielau—Crimmitschau (9.00), Zwickau—Werdau (13.00), Fichte, Planitz—Lichtentanne (10.00), Reinsdorf—Marienthal (13.00), Wilkau—Oberhohndorf (12.30).

Knaben: Vielau—Crimmitschau (10.00), Niederhasslau—Wilkau (10.00), Reinsdorf—Härtensdorf (9.30), Planitz—Lichtentanne (9.00).

Sonnabend: Niederhasslau 2b—Wilkau 2b (15.15).

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Gau Sachsen

7. Bezirk.
Großbrüdersdorf. 17. Januar: Rodela am Eierberg. Treffen 14 Uhr am Felschölschen. F.: Genosse W. Boden.
Bautzen. 17. Jan.: Nw., Tüpferschänke, Hennersberg, Dreistern. Treffen 15.30 Uhr am Kronprinz. F.: Kleinlick, — 21. Jan.: Lichtbildvortrag: „Meine Italienfahrt“, Ref.: Gen. Kreuz. 20 Uhr, in Klosterschänke.

Schultz. 16. Jan.: Jahreshauptversammlung im Vereinslokal, Schützshütte Steinhöfel. — 17. Jan.: Wanderung. Treffen 10 Uhr am Gaswerk. F.: Gen. A. Harbig.
Kirchbau. 17. Jan.: Nw. nach der Schlanter Sprungschanze und dem Bootshaus. Treffen 12.30 Uhr am Gemeindeamt. F.: Gen. R. Paul.

8. Bezirk.
Alle Ortsgruppen beteiligen sich am Sonntag, dem 17. Jan., geschlossen am Wintersportfest des 7. und 8. Bezirks vom Gau Sachsen und des 2. Bezirks vom Gau Nordböhmen an der Lamsche. Alle andere Veranstaltungen an diesem Tage fallen in den einzelnen Ortsgruppen aus.
Zittau. Jugendvorsammlung. 15. Jan.: Jugendvorsammlung.
Löhau. 13. Jan.: Kartentessabend. 20 Uhr, im V.L. — 17. Jan.: Abf. 5.30 Uhr nach Großschönau (S. K.).
Hirschfelde-Reibersdorf. 15. Jan.: Leseabend im Heim.
Elbau-Walldorf. 13. Jan.: Öffentliches Filmabend „Verdun“, 20 Uhr, im Hotel Hirsch. Die organisierte Arbeiterschaft wird aufgefordert, diese Filmführung recht zahlreich zu besuchen.
Neugersdorf. 17. Jan. fahren wir 6.55 Uhr ab Seiffhensdorf zum Wintersportfest. Treffen 7.15 Uhr an der Erholung. — 19. Jan.: Abendwanderung. Treffen 20 Uhr im Wasserturm. — Die Wintersportsektion fährt schon am 16. Januar, 16.28 Uhr, ab Bahnhof Seiffhensdorf, nach der Lamsche.
Lauha. 16. Jan.: Bunter Abend beim Gen. Heim. Handball. Beginn 20 Uhr.
Seiffhensdorf. Jugendgruppe. 14. Jan.: Gedichtabend. Treffen 20 Uhr beim Gen. Grosser.
Spitzkunnersdorf. 14. Jan.: Gruppenabend beim Gen. Neumann. Beginn 19.30 Uhr.
PTB 1. Männerabteilung. Die Generalversammlung findet Freitag, den 15. Januar, 20 Uhr bei Gen. Spiller, Alsenstraße 57, statt. Die Turnstunden fällt aus, so daß auf zahlreichen Besuch gerechnet wird.

Freie Schwimmer Breslau. Abt. West. Heute, am 20. Uhr. Abteilungs-Generalversammlung bei Spiller, Alsenstraße 57. Jugendmitglieder wegen Wahlen bereits um 19 Uhr.

Organisationsnachrichten

SAP

Bezirksverband Berlin: Heute, 20 Uhr. Groß-Berliner Funktionärsversammlung im Frankfurter Hof, Frankfurter Allee 518. Thema: Die rote Einheitsfront. Ref. Gen. Sternberg. Da wichtige Tagesordnung, ist Erscheinen unbedingt Pflicht. Eintritt nur gegen gültige Funktionärsausweise. Zeitungsbeleg 2 Stunden früher.
Ortsgruppe Prenzlauer Berg. SAP-Sportler: Montag, 18. 1. 20 Uhr, im Altersheim, Danziger Str. 62. Kartellsetzung der Arbeitersportler. Thema: Arbeitersport und Faschismus (Eiserne Front). Anschließend Diskussion. Ausweise mitbringen.
Achtung, SAP-Genossen: Die Karten für die 11. Peter müssen bis Freitag, den 15. 1., abgereicht werden.
Ortsgruppe Neukölln: Sonnabend, 16. 1., treffen sich die Genossen um 16 Uhr zwecks Zeitungsverteilung (Werbenummer in folgenden Lokalen: Abt. 12: Lokal Löffler, Weichselstr. 45/46; Abt. 45: Lokal Damm, Herzbergstr. 22; Abt. 6/10: Lokal Nogatheke, Nogat, Ecke Rodestraße; Abt. 11/13: bei Formier, Franz-Körner-Straße 67.)
Arbeitslose SAP-Genossen und Schutzhändler treffen sich heute, 10 Uhr, im Sekretariat, Prenzlauer Allee 34, zur Kreuzdeputation nach Friedrichsfelde.

Achtung! Die Mitgliedskarte des Gen. Alfred Kubacki, Gemeinplatz 5, geb. 13. 10. 02, ist verlorengegangen und ist hiermit gesperrt.



Nachrichten des Bezirks Berlin des Sozialistischen Jugendverbandes.
Heute, Freitag, 15. 1., 19.30 Uhr:

Erwerbslosenstaffel Groß-Berlin: Alle arbeitslosen Genossen und Genossinnen heute, vormittag 10 Uhr, Kreuzdeputation. Beteiligung Pflicht.
Ballenplatz: Heim, Ebertstraße, Unterbezirksmitgliederversammlung.
Charlottenburg: Karl Liebknecht; Heim, Kaiserin-Augusta-Allee 97 b, Tagespolitik.
Frankfurter Allee: Heute beim Gen. Bernhard Heim, Berlin O 24, Boxlagener Str. 22.
Friedrichshain: Rosa Luxemburg; Unterbezirksmitgliederversammlung, Ebertstraße.
Gesundbrunn: Heim, Pank. Ecke Wissonstraße, Proletarische Wehrhaftigkeit.
Köpenick: „Roter Aufbau“; Heim, Grunauer Straße, Allgemeiner Fragenabend.
Mitte: „Rote Pioniere“; Heim, Elisabethkirchstr. 19, Leseabend.
Neukölln I: Heim, Mahlower Straße, Tagespolitik.
Neukölln II: Heim, Mahlower Straße, Mitgliederversammlung.
Neukölln III: Heim, Herzbergplatz, Raum 20, Sexuelle Fragen.
Neukölln IV: „Ritz“; Heim, Sennie, Chausseestraße 177, Tagespolitik.
Schönhauser Viertel: „Paul Levi“; Heim, Gimsstraße 15, Liebknecht-Luxemburg.
Wedding: Heim, Seestr. 86, Barocke, SAP und Gewerkschaften.
Westen: „Lenin“; Heim, Genthiner Str. 17, Tagespolitischer Abend.
Wilgersdorf: Heim, Wilhelmstraße, Sozialismus und Nation.
Unterbezirk Friedrichshain: Heim, Ebertstraße, Mitgliederversammlung; Heim, Prenzlauer Spieltrupp „Rote Signale“; Heim, Prenzlauer Heim, Prenzlauer Allee 34, Sonnabend um 18 Uhr über „Rote Sturm“ und „Rote Pflö“; Spieltrupp „Roter Sturm“ und „Rote Pflö“; Allee 34, Sonnabend um 19 Uhr über.

Mitteilung der BL:

Referentenschule: Montag, 15. 1., pünktlich 20 Uhr, Massenspeziologie.
17. Januar: Alle Karten für unsere Veranstaltung müssen heute abgerechnet werden.

Die Roten Falken:

Schönhauser Viertel „Paul Levi“; Heim, Sonnenburger Str. 20.
Mitte „Rote Pioniere“; Heim, Elisabethkirchstr. 19.

Deutsche Friedensgesellschaft, Bez. südl. Vorort: Montag, 18. 1., 20 Uhr, Red. Goritz, Mariendorf, Chausseestr. 19 (Ecke Streitzer Straße), spricht Kapitänleutnant a. D. Krauschützki über „Krieg und Frieden bei Tieren und Menschen“.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Scheiber, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ erscheint täglich außer Montags
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2004.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2005.
Bestellungen für einen Monat durch die Spedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeb. Durch die Post bezogen: RM 2,10 und RM -36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM -36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.
Inseratenpreise: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 1, Nr. 153 022.

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich 2,40 RM. einschl. Bestellgeb. wöchentlich 0,60 RM. einschl. Bestellgeb. bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgeb.

BESTELLSCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung, Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands“

Name: _____
Wohnort: _____
Straße: _____

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstr. 15-16.

Volksbühne
Theater a. H. J. J. J.
D. L. Norden 294f
8 Uhr
Die Großherzogin
von Geroldstein
Rose-Theater
Straße Frankfurter str. 132
Sitzplatz E 7. Weichsel 1422
8.15 Uhr:
Kino Fran
von Formai

B. WOLLENBERG
langjähriger Mitarbeiter in den Viehhof-Restaurationsbetrieben u. vom Schützenhaus Biesenthal
eröffnet heute im Hochhaus Berolina am Alexanderplatz
Das gutbürgerliche Bier- u. Speise-Restaurant
Nur Qualitätsware zu billigen Preisen
Schwemme Restaurant Stehbierhalle
BERLINER KINDL PSCHORRBRÄU BERLINER KINDL
PILSENER URQUELL
Haupteingang in der Tietz-Passage

Das Kampfsignal
heute neu!

Tv. Freie Turnerschaft Mylau I. V.
Am Sonntag, 17. Jan., 16 Uhr, halten wir in der Halle unsere diesjährige Hauptversammlung ab. Turngenossen u. -genossinnen, erscheint zahlreich! Wichtige Tagesordnung. Der Turnrat.
Schutzhundhemden!
Die Ortsgruppen wenden sich direkt an den Genossen
Kurt Baumann
Niederhasslau, Zw., Rosenthaler Str. 51
Preis pro Hemd M. 3.10 / Teilzahl.

Werbt für die „SAZ“

Die „Roten Bücher“ der „Marxistischen Bücher-Gemeinde“
Was brauchen wir:
Bücher billig u. verständlich
Was wollen wir:
Bücher zum Verständnis der politischen, wirtschaftlichen u. kulturellen Krise
Was bringen wir:
4 Bücher im Jahre bekannter Mitarbeiter zu aktuellsten Fragen für monatlich 1M. Mitgliedsbeitrag

Hamburg
Volksheim E. V., Hamburg Hammerbrook, Sachsenstr. 21
Volksheim Lichtspiele
Das Kino des Arbeiters
Sonnabend, 16. Januar, 20 Uhr, Sonntag, den 17. Januar 19 und 21 Uhr bringen wir folgendes Programm:
1. Kaczmarek
Ein Schwank aus der „glorreichen alten Zeit“
2. Buster Keaton, der Student
Der große humoristische Sportfilm
3. Weekend-Freuden
Ein Filmgroteske in 2 Akten
4. Reuß - Tier - Film
Eine Naturstudie
Unser Preise: Sonnabends zahlen Verdiener 0,50, Sonntags 0,70, Jugendliche und Erwerbslose zahlen nur 0,30 M.
Im Lesezimmer des Volksheims liegen die Schriften und Zeitungen des SAP. aus

SAP Der tägliche Vormarsch

Die Massen folgen dem Ruf der SAP

In Gera fand eine von über 1500 Personen besuchte, polizeilich gesperrte Versammlung statt, in der die Genossen August Siemsen und Rosenfeld sprachen. Gründung einer Ortsgruppe ist das Ergebnis.

Über 500 Personen waren in dem kleinen Städtchen Wolmirstedt bei Magdeburg dem Ruf der SAP gefolgt. Die Versammlung, in der die Genossin Frankenthal referierte, nahm einen glänzenden Verlauf.

Überall: Zuwachs an Mitgliedern

In Lübeck hat sich die SAP-Gruppe seit ihrer Gründung verdoppelt.

In München bestehen bereits sechs Ortsgruppen, von denen eine einzige, München-Ost, bereits über 100 Mitglieder zählt.

Aue im Erzgebirge meldet seit der letzten Versammlung 16 Neuaufnahmen.

In Cainsdorf hat sich die Mitgliederzahl in kurzer Zeit von 24 auf 66 erhöht.

In Wilkau ist die Mitgliederzahl in wenigen Wochen um 65 Prozent angewachsen.

Dresden-Neustadt hat seinen Mitgliederstand seit der Gründung verdoppelt.

Röntgenthaler Schießhelden suchen Arbeit!

Die SA-Gruppe Berlin-Brandenburg sucht im „Angriff“ vom 6. Januar 1932 für einen Mechaniker und einen Abiturienten, die in der Röntgenthaler „Angelegenheit“ ein Jahr und neun Monate im Gefängnis gewesen sind, dringend Arbeit.

Also ganz offiziell werden die Helden von Röntgenthal von der NSDAP unterstützt. Allerdings sind es vorläufig ja nur zwei und für die Nazis ist Röntgenthal nur eine „Angelegenheit“, bei der ja bekanntlich Arbeiterblut geflossen ist. Aber darum handelt es sich ja im Moment auch nicht mehr, sondern, um was für Arbeit es sich bei diesen Schießhelden wohl handeln könnte.

Ein Mechaniker und ein Abiturient. Schön, der Mechaniker könnte vielleicht in seinem Handwerk Arbeit bei einem Parteigenossen finden. Aber der Abiturient! Ist das auch schon ein Beruf? Und mit seinen 18 Jahren hat er schon Menschenleben auf seinem Gewissen. Was für Arbeit will denn so ein junger Mensch verrichten? In der Schule hat er nicht viel gelernt, oder nur das, was er bestenfalls in einem noch zu erlernenden Beruf anwenden kann. Was kann er aber besonders? Wohl in erster Linie auf Proleten schießen. Und wo wäre da wohl eine passende Arbeit zu finden? In einer anderen SA-Gruppe? Vielleicht in Braunschweig? Oder auch als Feldhüter bei einem Gutsbesitzer, irgend einem Parteigenossen der „Arbeiterpartei“.

Wie steht doch gleich in den verschiedenen SA-Aufenthaltsräumen angeschrieben? „Ehret den Arbeiter“. Ob der Herr Abiturient vielleicht als Wanderredner für diese schöne Parole von der NSDAP verwendet wird? Oder ob sich für ihn ein reicher Mäzen findet, der ihm ein juristisches Studium ermöglicht, auf daß er ein würdiger Jünger der deutschen Justiz wird?

Wir wissen es nicht und werden es leider auch nicht erfahren. Für uns bleibt nur das wichtig, daß die SA-Leitung die Röntgenthaler Helden unterstützt und damit ganz öffentlich den Arbeitermord billigt.

Das nennt man in Deutschland Legalität! Nicht wahr, Herr Groener?

Auch Mecklenburg-Strelitz wählt

Am Mittwoch teilte das Staatsministerium auf Anfrage mit, daß die Neuwahlen zum Landtag für Anfang März vorgesehen sind. Die Wahldauer des jetzigen Landtages läuft am 29. Januar ab. Nach dem Landesgrundgesetz muß der neue Landtag spätestens am 60. Tage nach Ablauf der Wahldauer des alten Landtages gewählt sein; das wäre in diesem Falle der 29. März.

Zweidreiviertel Milliarden Mk. Fehlbetrag in England

Der Fehlbetrag des englischen Staatshaushalts stellte sich am 10. Januar auf 190 521 910 Pfund (= ca. 2,75 Milliarden RM.) gegenüber 203 752 908 Pfund am 31. Dezember 1931 und 177 146 469 Pfund am 10. Januar 1931. Die gesamte schwebende Schuld beläuft sich auf 714 635 000 Pfund, das sind 120 810 000 Pfund mehr als am 31. März 1931. Hierin eingeschlossen sind Schatzanweisungen im Betrage von 672 885 000 Pfund. Bis zum 31. März müssen noch 217 905 000 Pfund aus Steuern und 135 730 264 Pfund aus sonstigen Quellen eingenommen werden, um die im Haushalt geforderte Gesamthöhe von 784 700 000 Pfund für die Einnahmeseite zu erreichen.

Fische werden teurer!

Arbeit für den Preiskommissar

Hoch klingt das Lied vom Preisabbau. Aber es ist nur ein Lied. Die Wirklichkeit sieht auch hier anders aus, denn beschaut man die Preisentwicklung für Lebensmittel — neben der Miete ein im Haushalt am meisten ins Gewicht fallender Posten —, dann verflüchtigt sich der Preisabbau in ein großes Nichts. Für Berlin wurden beispielsweise die Lebenshaltungskosten für eine vierköpfige Familie in vier Wochen nach dem Verbrauchsplan der Reichsteuerstatistik am 9. Dezember, also unmittelbar nach Anknüpfung des Preisabbaus, mit 82,73 RM. errechnet. Am 22. Dezember, also nach dreizehn Tagen Preisabbau, wurden dieselben Kosten auf 82,24 RM. beziffert. Das ist ein derart minimaler Unterschied, daß die Anwendung des Wortes „Preisabbau“ nur als aufgelegter Schwindel zu charakterisieren wäre. Der einzige Posten, der einen auch nur nennenswerten Rückgang aufweist, sind „Fleisch- und Wurstwaren“, deren Index von 97,9 auf 94,1 gesunken ist. In der gleichen Zeit sank der Index für „Brot, Mehl und Nahrungsmittel“ von 127,5 auf 126,1, derjenige für „Hilfsfrüchte“ von 118,2 auf 116,9, während der Preisindex für „Milch und Milchprodukte“ überhaupt keine Veränderung aufweist, und der Preisindex für „Sonstige Lebensmittel“ noch von 136,5 auf 137,8, der Preisindex für Fische sogar von 149,1 auf 156,4 gestiegen ist.

Die Bewegung der Preise für diesen letzten Posten ist nun keineswegs etwa damit zu erklären, daß die Fischpreise vor dem Eintritt des Abbaus einen besonderen Tiefstand erreicht hatten. Das gerade Gegenteil ist der

Fall. Die Fischpreise liegen weit über dem allgemeinen Preisniveau für Lebensmittel. So kosteten am 22. Dezember beispielsweise das Kilo Scheilfisch 61,3, Kabeljau 73,4, Schollen 61,1 und gesalzene Heringe 73,1 Prozent mehr als im Dezember 1931, während Fleisch- und Wurstwaren sogar billiger waren. Wenn also irgendwo der Tatbestand einer Überhöhung gegeben ist, so bei dem Kapitel „Fische“, und gerade hier hat die Arbeit des Preisabbauskommissars bisher vollkommen versagt, ja nicht einmal erreicht, einer weiteren Preissteigerung Einhalt zu gebieten.

Ein anderes fruchtbares Arbeitsfeld würde zweifellos auch das Kapitel „Gemüse“ für den Preisabbau abgeben. Auch hier liegen die Preise weit über dem allgemeinen Niveau. Beispielsweise mußten am 22. Dezember für Wirsingkohl 38,5, für Rotkohl 58,3, für Spinat 57,1, für Weißkohl 75,9 und für Mohrruben gar 100 Prozent mehr gezahlt werden wie im Dezember 1931.

Es ist auch kein Trost, daß die Arbeit des Preisabbauskommissars sich bis zum 22. Dezember noch nicht habe auswirken können. Hatte er auf diesen hier besonders gekennzeichneten Gebieten auch nur mit einem Teil der Energie zugegriffen, die er zum eigenen Ruhme für Reklamezwecke aufwendet, dann hätte auch diese kurze Zeitspanne zur Sicherung von Erfolgen genügt, vorausgesetzt, daß die Preisabbauaktion ernst gemeint und nicht nur als Mittel zur Täuschung der Öffentlichkeit gedacht ist, wofür zwar nicht der Schein, wohl aber das Sein, die Wirklichkeit, spricht.

Unkenntnis schützt doch vor Strafe

Aber nur Nazis

In dem Hamburger Prozeß gegen 76 Nationalsozialisten erklärte der Propagandaleiter der NSDAP, die Parteileitung habe sich, nachdem mehrfach Flugblätter beschlagnahmt worden seien, entschlossen, eine solche Druckschrift dem „Hamburger Tageblatt“ beizulegen. Wenn dieses Blatt in der Zeitung unbeanstaltet erschienen sei, so müsse es auch verteilt werden können. Der Staatsanwalt schloß sich dieser Auffassung nicht an, die Druckschrift sei als Flugblatt, nicht als Teil einer Tageszeitung zu betrachten. Objektiv sei daher der Straffall gegeben.

Da aber den Angeklagten nicht nachgewiesen werden könne, daß sie sich der Straftat bewußt waren, beantragte er ihre Freisprechung.

Der Schnellrichter sprach sämtliche Angeklagten, auch diejenigen, gegen die der Staatsanwalt wegen unbefugten Waffentragens sehr milde Strafen beantragt hatte, von der Anklage des Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 frei. Das Gericht hielt die Beilage des „Hamburger Tageblattes“ zwar für ein Flugblatt, das vor seiner Verteilung als Flugblatt der Polizei hätte vorgelegt werden müssen. Die Angeklagten hätten aber subjektiv in gutem Glauben gehandelt, daß mit dem Flug-

blatt alle gesetzmäßigen Bestimmungen in Ordnung seien. Deshalb müßten sie aus subjektiven Gründen freigesprochen werden.

Ob das gleiche Gericht wohl auch, wenn linksgerichtete Flugblätter in dem guten Glauben, es seien keine Flugblätter, verteilt werden, den unaiten Rechtssatz, daß Unkenntnis nicht vor Strafe schützt, in sein Gegenteil verkehrt?

Ja, Bauer, das ist etwas anderes

Vor dem Schnellrichter in Hannover hatten sich 32 Angeklagte, die dem kommunistischen revolutionären Kampfbund angehören, wegen Landfriedensbruchs, Teilnahme an einer verbotenen oder nicht genehmigten oder unter freiem Himmel stattgefundenen Versammlung sowie wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu verantworten. Wegen Landfriedensbruchs wurden ein Angeklagter zu neun, ein anderer zu sieben Monaten und drei weitere Angeklagte zu je vier Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Vergehens gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten erhielten zwei Angeklagte sechs bzw. fünf Monate, ein weiterer eine Woche Gefängnis.

Sie bringen die Zivilisation

Blutrache von Weißen auf Hawai

Wie die United Press vor einigen Wochen meldete, war die Frau des amerikanischen Marineleutnants Massie von Eingeborenen angeblich überfallen und vergewaltigt worden. Das bürgerliche „Berliner Tageblatt“, bei dem man wohl keine übertriebenen Sympathien für die Eingeborenen voraussetzen kann, gibt folgende Schilderung des Tatbestandes und der sich daran knüpfenden Ereignisse:

Die Matrosen der in Honolulu liegenden amerikanischen Kriegsschiffe hatten darauf einen regelrechten Feldzug gegen die Kanaken eröffnet und zahlreiche Eingeborene halbtot geschlagen. Schließlich mußte Militär aufgebieten werden, um die wütenden Seeleute gewaltsam auf die Schiffe zurückzuführen.

Da die Polizei die Attentäter nicht auffindig machen konnte, hatten Leutnant Massie und seine Familie beschlossen, auf eigene Faust Rache zu nehmen. In der vergangenen Woche war es ihnen auch gelungen, einen der vermutlich Schuldigen zu entdecken und ums Leben zu bringen. Ein Polizist hielt des Nachts ein verdächtiges Automobil an, in dem sich Leutnant Massie, seine Schwiegermutter, ein amerikanischer Matrose und die Leiche eines Kanaken befanden. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung in der Wohnung Massies entdeckte man eine Blutlache und Spuren eines verzweifelten Kampfes.

Inzwischen ist es bei dem Begräbnis des ermordeten jungen Joe Kahawi, an dem Tausende von Eingeborenen teilnahmen, zu schweren Unruhen gekommen. Der Eltern des Ermordeten, der auf dem evangelischen Friedhof beigesetzt wurde, wurden von der Menge der Eingeborenen Huldigungen dargebracht, die Weißen wurden schwer beschimpft. Die Marinesoldaten mußten von der

amerikanischen Flotte ausgeschifft werden, da die Polizei allein sich unfähig zeigte, die Weißen vor den tätlichen Angriffen der Masse zu schützen. Die Marinebehörde aber weigerte sich zunächst, Massie und seine Gehilfen, die verhaftet worden waren, der Ziviljustizbehörde auszuliefern.

Was ist der Hintergrund der ganzen Angelegenheit, der ein junger Mensch zum Opfer gefallen ist, und die große Massen in Aufregung versetzte? Eine junge, vermutlich abenteurerlustige Dame hat sich allein in das romantische Gebiet der „Wilden“ begeben und ist auf ihre Kosten gekommen. Vor dem Offiziers-Gatten muß sie Entrüstung mimieren. Er aber, der ja schließlich seine schöne Gattin, an deren „Ehre“ ihm so viel gelegen ist, besser hätte schützen können, besinnt sich auf Gentleman-Pflicht und Germanenblut, zieht nebst Schwiegermutter aus und murkst einen Eingeborenen ohne jede Untersuchung einfach ab. Seine Behörde steht schützend hinter ihm. Und wenn sie sich schließlich doch zur Auslieferung entschließen mußte und es nun wohl zur Verhandlung kommen wird, werden die weißen Gerichte kaum den Maßstab anlegen, der der einzig mögliche ist: daß die „Ehre“ der Lady, und mag sie selbst das „jugendhafteste“ Weib unter der Sonne sein, bestimmt nicht das Leben eines Menschen — auch wenn er „nur“ dunkle Hautfarbe hat — wert ist. Aber der arme Joe mußte ein kleines höchstwahrscheinlich von der „sittenstrengen“ Amerikanerin provoziertes Abenteuer mit dem Leben bezahlen.

Es ist nicht nur das deutsche Wesen, an dem die Welt genesen wird. Auch Mr. Babbitt trägt sein Teil dazu bei.

Die neuen Postgebühren

Die vom Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost beschlossenen Ermäßigungen der Inlandsgebühren für Fernbriefe, Fernpostkarten und Pakete treten, wie bekannt, mit dem 15. Januar in Kraft. Es werden ermäßigt die Gebühren für den Fernbrief bis 20 g von 15 auf 12 Rpf., also um 20 Prozent, für den Fernbrief von 20 bis 250 g von 30 auf 25 Rpf., also um 17 Prozent, für die Fernpostkarte von 8 auf 6 Rpf., also um 25 Prozent. Für die Paketgebühren beträgt die Ermäßigung durchschnittlich 20 Prozent. Die neuen Inlandsgebühren für Briefe und Postkarten gelten auch im Verkehr mit dem Saargebiet, der Freien Stadt Danzig, Litauen und Memelgebiet, Luxemburg und Oesterreich.

Deutsche Frauen — deutsche Treue

Sie haben nichts zugeerbt

Sechzehn Frauenverbände, darunter der Reichsfrauenausschuß der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Ring Nationaler Frauen, der Bund Königin Luise, der Bund Deutscher Pfadfinderinnen, die Frauengruppen des Alldeutschen Verbandes und des Deutschen Offizier-Bundes sowie der Stahlhelm-Frauenbund veröffentlichten eine Stellungnahme zur Internationalen Abrüstungskonferenz in Genf 1932, in der es u. a. heißt: Eben weil wir keinen neuen Krieg wollen, mit dem uns die übersteigerte Rüstung der Staaten an unseren Grenzen immer stärker bedroht, fordern wir das sogar in den Völkerbundsatzungen gewährleistet Maß an Rüstungen, dessen unsere nationale Sicherheit bedarf, fordern wir für Deutschland das Recht auf Wehrhoheit, das seiner Würde als Nation entspricht.

Das ist verständlich!

Lillier Studenten verhindern „Tanzdauerwettkampf“.

Paris, 14. Januar.

Im Lillier Hippodrom wird seit zwei Tagen ein Tanzdauerwettkampf ausgetragen. Gestern sind nun verschiedene Lillier Studenten in den Tanzsaal eingedrungen und haben Stinkbomben geworfen und gefordert, daß die für die Sieger gestifteten Geldpreise den Arbeitslosen der Gegend zur Verfügung gestellt würden. Polizei mußte die Unruhstifter vertreiben. Diese kündigten jedoch an, daß sie heute noch in viel größerer Anzahl erscheinen würden, um einem grotesken und skandalösen Schauspiel ein Ende zu bereiten.

Die bestialische Mordtat am Dnjepr

Bukarest, 14. Januar.

Bekanntlich wurden vor einigen Tagen sechs Personen von einer rumänischen Grenztruppe in Soroka erschossen. Ein Sonderbericht des „Adeverul“ bringt Einzelheiten über die Erschießung. Danach hatten die sechs jungen Leute einen Unteroffizier der Grenztruppe bestochen und so von ihm die Erlaubnis erhalten, den Dnjepr zu überschreiten. Nachdem der Unteroffizier 4000 Lei erhalten hatte, hat er dann die wehrlosen und ahnungslosen Opfer an einer abgelegenen Stelle kaltblütig ermordet. Die ärztliche Untersuchung bestätigt, daß die Schüsse aus aller nächster Nähe in Gesicht und Brust abgegeben worden sind. Fluchtverdacht kommt also nicht in Frage. Das Blatt verlangt schärfstes Durchgreifen der Regierung. Es spricht sich gegen den von der Heeresleitung erhobenen Belagerungszustand in Bessarabien aus. Der Ministerrat hat ebenfalls die Verhängung des Belagerungszustandes abgelehnt, so daß vorläufig nicht mit dem Belagerungszustand in ganz Bessarabien zu rechnen ist.

Das Weltübel

Arbeitslosigkeit in Schweden

Stockholm, 14. Januar.

Die Zahl der Arbeitslosen in Schweden betrug Ende November 1931 77 250, was eine Zunahme von rund 20 100 gegenüber dem Stande vom Oktober bedeutet. Ende November 1930 betrug die Zahl der Arbeitslosen 24 800.

Der Pleitegeier in U.S.A.

Nach einer Mitteilung des amerikanischen Schatzministers Mellon hat die Zahl der Millionäre von USA seit zwei Jahren um 23 496 abgenommen. Ferner sollen die Einkünfte aus Einkommensteuer ebenfalls eine erhebliche Delle aufweisen. Der Begriff des amerikanischen Begriffes „Millionär“ muß hierbei erwähnt werden, daß bei der amerikanischen Steuererhebung derjenige als Millionär gilt, der ein Einkommen von mindestens 50 000 Dollar im Jahre aufweist.

Mittelamerikanische Republik

Zusammenschlußbewegung

New York, 14. Januar.

In Guatemala-Stadt haben Verhandlungen zwischen den Vertretern von Guatemala, Nicaragua, Honduras, Kostarika und Salvador begonnen, die die Schaffung einer mittelamerikanischen Republik auf der Grundlage der gemeinsamen Rasse, Geschichte und Religion zum Ziel haben.

Rundfunkwirtschaft

Wie die proletarischen Radiohörer ausgebeutet werden

45 Millionen Rundfunk-Gewinn

Berlin, 14. Januar.

Der Rundfunk ist eines der reiblichsten Geschäfte der Reichspost. Da ohne die Gratschörer mit rund 3 1/2 Millionen zahlenden Teilnehmern zu rechnen ist, so erntet sie hiermit eine Einnahme von jährlich rund 84 Millionen Reichsmark. Hiervon stellt die Post den Funkgesellschaften noch keine 40 Millionen, so daß ihr ein Ueberschuß von mehr als der Hälfte aller Einnahmen verbleibt. Trotzdem sind die Rundfunkgebühren nicht in den Tarifabbau der Reichspost einbezogen worden. Das muß bei der Masse der Hörer um so berechtigtere Verbitterung auslösen, als die Gebühren ohne Rücksicht auf die verschiedenen soziale Lage festgestellt sind und schon darum den Arbeiterhaushalt stärker treffen als denjenigen der besser Situierten. Schon die Zahl der Teilnehmer zeigt auch an, daß das Gros der Hörer zur arbeitenden Klasse gehört, so daß gerade diese durch die abgelehnte Rundfunkgebührensenkung stark benachteiligt wird. Eine Senkung dieser Gebühren ist darum ein dringendes und unabweisbares Gebot. Es scheint auch, daß man sich dieser Erkenntnis in den Kreisen der Reichspost nicht mehr verschließt, zumal andernfalls mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß viele Rundfunkhörer ihre Apparate stilllegen oder aber in das Heer der Schwarzhörereinschwenken. Die Reichspost ist aber entschlossen, sich durch einen eventuellen Gebührenabbau das Rundfunkgeschäft nicht verderben zu lassen. Sie will die bisher erzielten Ueberschüsse unter allen Umständen erhalten und die Kosten des Abbaus auf die Rundfunkgesellschaften, d. h. praktisch auf die Hörer selbst abwälzen, denen man für die verbilligten Gebühren auch qualitativ verschlechterte Programme bieten würde. Das wäre ein Verfahren, das in der Aera des Preisabbaus durchaus nicht unbekannt ist. Vieles, wenn nicht das Allermeiste, was heute unter dem Motto „Preisabbau“ segelt, erweist sich, bei Lichte besehen, nämlich nur als ein Qualitätsabbau. Ein Beweis hierfür sind u. a. die angeblich „verbilligten“ Zeitungspreise. Die Zeitungen, die man dafür erhält, sind durchweg dünner und nach dem Inhalt noch ärmer, so daß unter Umständen der Preisabbau in Wirklichkeit eher noch einem Preisaufbau gleichkommt. Wir sind aber der Meinung, daß eine Einrichtung des Reiches unmöglich in diesen kategorischen Methoden das gegebene Vorbild erblicken darf und fordern darum, daß die Senkung der Rundfunkgebühren von der Post zu tragen ist. Dies um so mehr, als eine derart enorme Gewinnsumme, wie sie heute zugunsten der Reichspost aus dem Rundfunk besteht, eine erhebliche Schmälerung nicht nur wohl verträglich, sondern unbedingt geboten ist. Also: Herunter mit den Rundfunkgebühren ohne Verschlechterung der Aussendungen.

*

Von einem Mitarbeiter der „SAZ“ wird uns zu diesem Thema geschrieben: Wie man hört, hat sich der Sparkommissar aus Leipzig, Dr. Goerdeler, mit der Reichspost in Verbindung gesetzt, um eine Herabsetzung der Rundfunkgebühren zu erzielen. Ob es etwas nützt, nach so vielen vergeblichen Anzapfungen in dieser Richtung, muß erst abgewartet werden. Jedenfalls ist der Rundfunk bei seiner ungeheuren Verbreitung und der Möglichkeit, Millionen gleichzeitig zu erfassen, recht eigentlich das Mitteilungsinstrument des Volkes. Woraus zu folgern wäre, daß dieses wichtigste Kulturinstrument in sozialem Sinne gehandhabt würde. Aber davon ist keine Rede. Der deutsche Rundfunk ist ein Wechselbalg von Staat und Privatwirtschaft, ein „gemischtwirtschaftliches Unternehmen“. Als vor bald acht Jahren diese Einrichtung geschaffen wurde, hatte die Reichspost nicht die Courage, die Karre selber in Gang zu bringen, sondern ging beim Privatkapital schnorren. Und siehe da, unsere kühnen Wirtschaftskapitäne lehnten ab — bis auf die „Vox-Gesellschaft“, in deren Hause sich der Rundfunk ansiedelte, ehe er in die Masurenallee umzog.

Von damals stammen alle Schönheitsfehler des Berliner Senders. Die „Vox“, ein in zwischen verkrachtes Schallplattenunternehmen, schob alle Angestellten, die sie selber nicht mehr haben wollte, an den Rundfunk ab, voran die Herren Wagner und Knöpfke als Geschäftsführer, und den unmöglichen Kapellmeister Bruno Seidler-Winkler. Und Alfred Braun, dieses ewig lächelnde Hänchen in allen Gassen, und Cornelis Bronsgeest, routinierter, aber gänzlich einfallloser Opernregisseur, rutschten damals mit hinein. Bis auf Wagner haben wir diese Minuskraften alle behalten. Sie sicherten sich zehnjährige Verträge und einen wahren Rattenkönig von Nebeneinnahmen. Von der „Herabsetzung“ auf Ministergehälter, d. h. auf 31 000 Mark, ist wohl gerüchelt worden — die amtliche Bestätigung dieser „arakonischen“ Maßnahme ist jedenfalls noch nicht erfolgt. Weil die Herren Wagner und Knöpfke in allen künstlerischen Fragen gar zu kläglich versagten, hat man noch einen „Intendanten“ druzengagierte für 60 000 Mark jährlich; erst war es Hagemann, jetzt ist es Flesch. Herr Bredow, nebenbei noch

Pensionär der Reichspost, „Staatssekretär a. D.“, bezieht als „Reichsrundfunkkommissar“ 100 000, während die Herren Direktoren der „Reichsrundfunkgesellschaft“, Giesecke und Magnus, sich mit 80 000 „begnügen“ müssen. Gerade die Höchstbezahltesten haben am wenigsten zu schaffen: die „Reichsrundfunkgesellschaft“ ist bei der Selbständigkeit der örtlichen Sender kaum mehr als eine dekorative Attrappe.

Wie die Herrschaften mit den Millionen nasen, sieht man ja auch an dem unsinnigen großen Palast in der Masurenallee, der vor einem Jahre eröffnet worden ist. Wieviel er gekostet hat, ist nie verraten worden. Dagegen ist neulich sogar in einem gutbürgerlichen Blatt durchgesickert, daß die Berliner allein zehn Millionen zu viel Rundfunkgebühren zahlen: diese zehn Millionen fließen in die Taschen der Reichspost, die dafür außer der Einziehung der Gebühren überhaupt nichts leistet. Die Funkhörer bezahlen also mit den höchsten

Rundfunkgebühren der Welt gleichzeitig eine enorme Steuer an die Post.

Und diese Steuer und die schwindelhaft hohen Gehälter für die Nutznießer des ausgezeichneten Geschäftsunternehmens werden fast ausschließlich von den Besitzlosen aufgebracht.

Denn die wenigen Inhaber teurer Netzanschluß- und Mehrfachröhren-Apparate zahlen keinen Pfennig mehr als der arme Teufel mit seinem poppligen Detektor.

Darf man es trotz der Notverordnungen aussprechen, daß dieses Ausbeutungssystem unmöglich ist? Wir müssen das aussprechen, denn die Gewaltigen von der SPD, die in allen möglichen fetten Pöstchen, als da sind: „Politische Ueberwachungsausschüsse“ und „Kulturbeiräte“, drinsitzen, die Heilmann und Genossen, rühren keinen Finger zur Herabsetzung der unsocialen Gebühren. Und die Herren Knöpfke und Braun gehörten selber

einige Jahre der SPD an: Versicherung gegen Abbaul!

Vor kurzem sind sie freilich — die Ratten, die das sinkende Schiff verlassen! — aus der blaß-rosaroten Partei ausgetreten. Noch weiß man nicht, wohin ihr Herz sie zieht. Vermutlich werden sie über kurz oder lang bei den Nazis landen; Herr Arnolt Bronnen von der Literarischen Abteilung hat ihnen das schon lange vorgemacht.

Wir haben jedenfalls das „gemischtwirtschaftliche“ System gründlich satt, mit dessen Hilfe sich eine kleine Schmarotzerclique auf Kosten von Millionen armer Volksgenossen bereichert. Was wir verlangen, ist nicht allein Herabsetzung der Rundfunkgebühren, die gleichbedeutend sind mit Wuchersteuern, sondern eine

gründliche und durchgreifende Sozialisierung des Rundfunks — in der zu erkämpfenden roten Republik. H.

Gewerkschaften und Krise

Von Hans Schneider

Die Gewerkschaften sind jetzt das heißumstrittene Problem der Reformisten. In den Gewerkschaften selbst kommen immer lauter einzelne Stimmen zum Ausdruck, die ihr Mißfallen gegenüber der bisherigen Gewerkschaftsführung kundtun. Die enge Fühlung, die die Gewerkschaften bisher zur SPD gehabt haben und noch immer aufrechterhalten, scheint bei vielen Mitgliedern keinen Anklang mehr zu finden. Die ersten Ansätze hierzu bilden Generalversammlungen der einzelnen Verbände. Wir haben jetzt die Aufgabe, die jeweiligen Erscheinungen der Apposition aufzufangen und auszunutzen. Kern jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit muß sein, immer die Unmöglichkeit der jetzigen Gewerkschaftsführung aufzudecken und die Verschiebung der gewerkschaftlichen Organisation mehr auf das betriebliche Gleis zu schieben. Dabei werden die beginnenden Rebellionen, vor allen Dingen in den städtischen Betrieben, gegen die notverordneten Gehaltsabzüge Etappen sein. Die Arbeiter sehen mit Recht in den Gewerkschaften eine Interessenvertretung ihrer wirtschaftlichen Existenz, sie sollen Kampfinstrument der Arbeiterklasse sein. Die Enttäuschung ist gewaltig, oft gilt, vor allen Dingen bei den erwerbslosen Mitgliedern, der Verband nur als eine Versicherungsstelle. So gar der Verbandsbeirat des Metallarbeiterverbandes brachte Stimmen zum Ausdruck, die sich gegen die Tolerierungspolitik der SPD und der Gewerkschaften aussprachen.

Tost, Berlin, sprach die Worte:

„Für die Frage nach den Folgen einer Ablehnung der Tolerierungspolitik ist entscheidend, wieviel Anhänger wir noch hinter uns haben.“

Ritzer, Erlangen, vergleicht die Tolerierung mit den Kriegskreditbewilligungen. Weh, Köln, verwirft die letzte Notverordnung mit dem Lohnabbau. „Mag kommen, was will, so geht es nicht weiter.“ Diese Worte sind auf dem Verbandsbeirat gesprochen worden. Das ist die Stimmung für die vielen Gewerkschaftsmitglieder, die unbedingt einen Kurswechsel wünschen. Hier sind die ersten Ansatzpunkte oppositioneller gewerkschaftlicher Arbeit. Die Gewerkschaften nehmen heute Verschlechterungen des Lohnes hin als eine Selbstverständlichkeit. Der Lohnabbau nach der neuesten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 setzt automatisch die Löhne auf den Stand vom 10. Januar 1927 herunter. Dabei treten Lohnherabsetzungen bei der Metall verarbeitenden Industrie für Facharbeiter von 16,2 Prozent und für die chemische Industrie ebenfalls für Facharbeiter von 13,3 Prozent ein. Der Abwehrwille der betroffenen Arbeiter beginnt zu steigen. Wir haben die Pflicht, diese Stimmen aufzufangen. Was ist nun die Folge dieser Erscheinungen? Wir haben in den einzelnen Gewerkschaften und Verbänden als geschlossene Opposition aufzutreten. Als erstes muß die Leitung gezwungen werden, den erwerbslosen Mitgliedern gleiches Recht in den jeweiligen Mitgliederversammlungen zuzusprechen. Es geht nicht an, daß die Erwerbslosen ausgeschaltet sind von jeglichen Tarifrechtsfragen. Sie müssen Sitz und Stimme in den Ortsverwaltungen verlangen als Erwerbslose. Eine weitere Frage wird die

Einheitsfront der Gewerkschaften

bilden. Der Vorsitzende der freien Gewerkschaften, Leipart, spricht also über den Grundcharakter der freien Gewerkschaften:

„Zweck der Gewerkschaften ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Steigerung der gesellschaftlichen Geltung der Arbeiterschaft. Oberstes Gesetz für die Gewerkschaften ist daher von vornherein, daß ihre Tore offenstehen für alle, die ihrer sozialen Stellung gemäß in ihre Reihen gehören, ohne Unterschied und unbeschadet der politischen Meinung und des religiösen Bekenntnisses des einzelnen.“

Und dann weiter unten:

„Wir haben daher keinen Grund, innerhalb der Gewerkschaften zwischen uns und den anderen Arbeitskollegen wegen ihres Glaubens einen Trennungstich zu ziehen. Nur muß Glaubensfreiheit einhergehen mit religiöser Duldsamkeit.“

Diese Worte darf man nicht gesondert betrachten, man muß sie stellen zu der von den freien Gewerkschaften so forcierten „Eisernen

Front“. Die freien Gewerkschaften ließen in ihren Aufrufen über die eiserne Front deutlich erkennen, daß ihnen eine Einheitsfront mit den bürgerlichen Gewerkschaften vielmals lieber ist als eine offene, revolutionäre gewerkschaftliche Politik, die allein die Grundlage bilden kann für die Einheitsfront der Gewerkschaften. Aber das heiße Preisgabe der bisher vertretenen Politik, heiße Preisgabe der Tolerierungspolitik und die Ehescheidung von der SPD. Die „Eiserne Front“ muß den Gewerkschaftsmitgliedern als das gekennzeichnet werden, was sie ist: Eine offene Schwankung der freien Gewerkschaften ins bürgerliche Lager. Dies kennzeichnet am besten Leipart in seinem Artikel, wo er über die Stellung der freien Gewerkschaften zum Staat spricht:

„Die Stellung der Gewerkschaften zum gegenwärtigen Staat ist aus schwerwiegenden Gründen durchaus positiv. Aber nicht nur das, sondern die Gleichheit der Stellung der Gewerkschaften aller Richtungen im System der modernen kollektiven Arbeitsverfassung, die das Fundament ihres positiven Verhältnisses zum Staatswesen bildet, hat auch die Unterschiede zwischen ihnen und die Voraussetzungen für ihre Einheit verbessert.“

Schwangere dürfen nicht fristlos entlassen werden!

Der Spruch eines Arbeitsgerichts

Wichtige Entscheidung für weibliche Angestellte

Eine Angestelltenkammer des Arbeitsgerichts Berlin fällt eine für viele weibliche Angestellte wichtige Entscheidung. Die Frage, ob Schwangerschaft ein Grund zur fristlosen Entlassung sei, wurde verneint.

Klägerin war die kaufmännische Angestellte G., die Anfang November v. J. in einem Fleischerereigeschäft als Verkäuferin eintrat. Bei ihrer Anstellung wurde sie gefragt, ob sie gesund sei. Sie bejahte diese Frage, verschwieg aber, daß sie schwanger war. Erst nach ungefähr vier Wochen kam durch Klatsch heraus, daß sie sich in anderen Umständen befand, worauf der Geschäftsinhaber die Klägerin fristlos entließ. Die Angestellte klagte nunmehr ihr Gehalt bis zum Ablauf der gesetzlichen Kündigungsfrist ein, also bis zum 31. Januar. Der Vertreter des Beklagten stellte sich auf den Standpunkt, daß Schwangerschaft Krankheit sei, und daß das Verschweigen trotz ausdrücklicher Frage eine arglistige Täuschung darstelle, die, wenn auch nicht zur fristlosen Entlassung, so doch wenigstens zur Vertragsanfechtung berechtige.

Das Gericht war jedoch in seiner Gesamtheit entgegengesetzter Ansicht und kam zu einem Urteil im Sinne des Klageantrages. Der Vorsitzende führte zur Begründung aus, daß Schwangerschaft nur ein vorübergehender Zustand, aber kein Krankheitszustand sei.

Einen Grund zur fristlosen Entlassung stelle das Verschweigen nicht dar.

Es biete nicht einmal das Mittel der Vertragsanfechtung.

Als der Beklagte in seiner Weise das Verhalten der Klägerin kritisierte, brach der Vorsitzende die Verhandlung kurz mit den Worten ab: „Also, nun wollen wir mal miteinander deutsch reden. Auf welcher Basis wollen Sie sich einigen?“ Als der Beklagte einen sehr geringen Vergleichsvorschlag machte, meinte der Vorsitzende: „Wenn die Klägerin hierauf eingehen will, mag sie es tun. Ich werde ihr jedenfalls nicht zureden.“ Das Gericht verurteilte nach kurzer Weiterverhandlung den Geschäftsinhaber zur Zahlung des eingeklagten Betrages.

Lloyd-Stauwerk

46 Maschinen machen 32 000 Arbeiter überflüssig

Sukkur (Präsidentschaft Bombay), 13. Januar.

Der über anderthalb Kilometer lange Lloydstaudamm am Indus, dessen Bau 1922 begonnen wurde und der das größte Bewässerungssystem der Welt vervollständigt, wurde heute vormittag vom Vizekönig eingeweiht. Sieben Kanäle gehören zu dem System, das eine ständige Bewässerung des Sindbezirks ermöglicht. In seiner Festrede wies der Vizekönig darauf hin, daß die Gesamtlänge der Hauptkanäle mehr als 10 803 Kilometer betrage und daß drei von ihnen breiter seien als der Suezkanal. Durch das neue Bewässerungssystem werden rund 2225 Hektar Land fruchtbar gemacht.

Das neue Stauwerk führt nach Lord Lloyd, der im Jahre 1923 als Gouverneur von Bombay

die Anregung zu dem Bau gab, seinen Namen. In einem Interview erklärte Lord Lloyd: „Nur wer die Tücken des Indus und das heiße Wetter in diesem Tal kennt, weiß sich einen Begriff von der mühseligen Arbeit zu machen, die in den letzten acht Jahren von unseren Ingenieuren geleistet worden ist. Das Stauwerk soll der Bewässerung eines Geländes dienen, das größer ist als das gesamte Kulturland Aegyptens. Kennzeichnend für das geleistete Werk ist der Anteil der Maschinen an den Schachtarbeiten. 46 Baggermaschinen holten in der Minute rund 74 Tonnen Erdmasse aus dem Boden, eine Leistung, die der von 32 000 Menschen gleichkommt. Mehr als die Hälfte der gesamten Schachtarbeit wurde von der Maschine geleistet, wobei ein Drittel der Kosten gespart wurde, die erforderlich gewesen wären, wenn man der Handarbeit alles überlassen hätte.“